Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 98. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 27. Februar 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Kopenhagen, 26. Februar. Heute Nachmittag gegen 4 Uhr reiste die Prinzessin Alexandra ab. Im offenen Wagen mit ihren Eltern und von einer Ehren-Escorte von Husaren begleitet, fuhr sie unter dem Andrang einer ungeheueren Menschenmasse und unter endlosem Jubel durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Bahnhofe, wo das diplomatische Corps, die Minister und die höheren Civil- und Militair-Behörden zur Abschiedscour versammelt waren. Morgen bei Tagesanbruch wird sie mit dem dänischen Kriegsdampfer „Schleswig“ von Korsoer abgehen.

Madrid, 26. Februar. Da die Königin die Frage der Verfassungsreform nicht so auffaßt wie das Ministerium, hat das letztere seine Entlassung gegeben. Ob dieselbe angenommen, ist nicht bekannt.

Wien, 26. Februar. Wie die „General-Correspondenz für Oesterreich“ vernimmt, wird der galizische Landtag bis zum 15. März vertagt werden.

Einer telegraphischen Mittheilung aus Insbruck vom heutigen Tage zufolge hat der dortige Landtag den gegen die Protestanten gerichteten Antrag des Fürstbischofs von Brixen angenommen.

Krakau, 26. Februar. Dem „Czas“ zufolge soll Langiewicz die Russen bei Jendrzejow geschlagen haben. Nähere Details darüber fehlen.

In Podlachien hat der Aufstand zugenommen.

Konstantinopel, 25. Februar. Durch einen großherrlichen Hat wird die Verzichtleistung des Sultans auf 30 Millionen Piaster der jährlichen Civilliste, Herabsetzung der Einkünfte der Sultaninnen und eine Verminderung der Beamten verkündigt. Ismael Pascha ist angekommen. Die Repräsentanten der Großmächte haben heute in Angelegenheiten der Donaufürstenthümer eine Besprechung gehabt.

Kassel, 26. Februar. Das Project der zu erbauenden Eisenbahn von Bebra nach Fulda und Hanau ist der Ständeversammlung vorgelegt worden. Zum Bau der Bahn, die auf Staatskosten ausgeführt werden wird, soll ein Anlehen von 10 Millionen Thaler aufgenommen werden.

Itzehoe, 26. Februar. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung macht der Präsident die Mittheilung, daß er die von der Versammlung beschlossene Adresse dem Regierungs-Commissarius zugesandt habe; dieselbe sei ihm aber wieder zurückgesandt worden.

Krakau, 25. Febr. Wie Reisende erzählen, stehen die russischen Truppen bei Siewierz, einige Meilen von der Oberschlesischen Grenze. Langiewicz ziehe ihnen entgegen, um die polnische Westgrenze und die Eisenbahn in die Hände zu bekommen. Die „Krakauer Zeitung“ dementirt die Nachricht, daß Kurowski sich erschossen habe.

Athen, 25. Febr. Die National-Versammlung hat nachstehendes Ministerium ernannt: Valbis Präsident, Smolenz Krieg, Augerinos Inneres, Demetrius Maurokordatos auswärtige Angelegenheiten, Charlamby Finanzen, Dosios Vater Kultus und öffentlichen Unterricht, Bourdouris Marine, Papazaphyropulos Justiz.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (26. Febr.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Minister-Tisch: v. Bismarck, Graf Eulenburg, v. Bodelschwingh, v. Mühler, v. Selchow und zwei Regierungs-Commissare. Die Tribünen sind dicht besetzt. Die Tribüne des Herrenhauses ist stark besetzt, fast ganz gefüllt die des diplomatischen Corps, und auch in der Hofloge sind einige Besucher erschienen. Tagesordnung: Der Hoverbeck'sche Antrag, den polnischen Aufstand betreffend. Der Antrag lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: Das Interesse Preußens erfordert, daß die königl. Staatsregierung gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande, **weder der russischen Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende**; demgemäß also auch keinem der kämpfenden Theile gestatte, das preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten. — Das in der Commission vom Abg. v. Bonin (Genthin) gestellte, dort jedoch abgelehnte Amendement, ist vom Abg. v. Bonin in der folgenden, wenig veränderten Fassung wieder eingebracht und von Abgeordneten des linken Centrums und den Fractionen v. Vincke und Lette unterstützt. Es lautet: „Das Interesse Preußens erfordert, daß die königl. Staatsregierung dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande gegenüber, **sich lediglich auf die zum Schutz der preuß. Landesgrenze erforderlichen Maßregeln beschränke, jede darüber hinausgehende Einmischung vermeide**, und Bewaffneten nicht gestatte, das preuß. Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten.“ — Der Abg. v. Vincke (Stargard) hat zu dem Commissions-Antrage das folgende Amendement eingebracht, das die genügende Unterstützung findet: „Das Interesse Preußens erfordert, daß die königl. Staatsregierung dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande gegenüber **den russischen Truppen nicht gestatte, das preuß. Gebiet zur Verfolgung der polnischen Insurgenten zu betreten.**“

Abg. v. Sybel: Es ist der Wunsch in der Commission gewesen, den schriftlichen Bericht durch einige weitere einleitende Bemerkungen zu ergänzen. Indem ich dies thue, schließe ich mich an diejenige Stelle des Commissions-Berichts, welche von unserer Verpflichtung zum Schutz der gegenwärtigen Grenzen spricht. Wir haben diese Grenzen inne auf Grund eines unanfechtbaren äußeren Rechtstitels, aber auch auf Grund deutschen Fleißes und deutschen Kapitals, die jene Landestheile uns erobert haben. Wir wünschen unseren Mitbürgern polnischer Nationalität eine rücksichtsvolle, humane Regierung, aber die deutschen Bewohner der ehemals polnischen Landestheile sollen auch eben so wissen, daß zu ihrem Schutze, zu ihrer Erhaltung bei dem preußischen Staat das gesammte preußische Volk bereit ist. Der Vergangenheit gegenüber können wir in der polnischen Frage ein reines Gewissen haben. Die Stellung Preußens gegen Polen ist von derjenigen Rußlands grundverschieden. Wie die Lage vor der ersten Theilung Polens war, wo ganz Polen in Gefahr war, ohne den preußischen Einspruch Rußland anheimzufallen, so hat der große Friedrich die durch die erste Theilung erlangten Landestheile nicht erobert, sondern befreit. Was aber Preußen durch die zweite und dritte Theilung verschuldet hat, hat es vollständig gebüßt durch seine Schicksale in den Jahren 1806 und 1807. Und auf dem wiener Congreß ist ihm die Provinz Posen auf Grund europäischer Entscheidung zugefallen, da man die Nothwendigkeit einsah, daß die östlichen Grenzen Preußens wenigstens einigermaßen geschlossen werden müßten, Königsberg und Breslau nicht auf das Aeußerste bedroht werden dürften. Wir besitzen also die früher polnischen Provinzen auf Grund des besten Titels der Welt, und haben denselben auch in keiner Weise verwirkt oder geschädigt durch Mißbrauch der Regierungsgewalt.

Fragen wir aber dann, wie wir uns zu dem russischen Polen zu verhalten haben, so muß man bekennen, daß für uns die russische Allianz wegen Polens nicht mehr, wie vor dem Jahre 1806, eine unabweisbare ist; wir sind seit jener Zeit nicht mehr in der Lage, ein an Polen begangenes Unrecht sühnen zu müssen. Ist aber unsere Position in der polnischen Sache eine so einfache, eng begrenzte und reine, so müssen wir um so mehr Einspruch erheben gegen eine Politik, welche ohne thatsächliche Veranlassung, ohne sachliche Nöthigung, ja sogar ohne eine Aufforderung von russischer Seite sich hinweggesetzt über das nächste Interesse, dem preußischen Landestheile den Frieden zu bewahren. Vielleicht wendet man gegen den Commissionsantrag ein, daß die Beseitigung des Aufstandes nahe, der Antrag also nicht geboten sei. Dagegen aber ist zu erwägen, daß bei den polnischen Zuständen jeder Tag neue Verwickelungen bringen kann, daß die Folgen der Convention auch noch ferner in ganz Europa hervortreten werden, daß auch jetzt noch ein bedeutender Theil unseres Vaterlandes den Leiden eines barbarischen Krieges eröffnet ist, daß die preußische Regierung die Mitschuld für russische Vergehen übernommen, sich in dieselbe hineingedrängt hat, (hört!) die Schuld von Rußlands Schultern weg und auf unsere eigenen übernommen (hört, hört!), die polnische Frage zu einer europäischen umgeschaffen hat (sehr richtig). Und dies alles hat die preußische Regierung gethan ohne jede Spur von Aussicht auf eine anderweite Entschädigung, sie hat in Verfolgung einer solchen Politik zu derselben Zeit die ausreichende Abtragung einer Ehrenschuld gegen unsere Veteranen aus angeblichem Geldmangel abgelehnt und doch bereits zu Hunderttausenden weggegeben (hört!), ohne der versammelten Landesvertretung irgend eine Anzeige davon zu machen, ohne sie auch nur einer Anfrage zu würdigen (hört, hört!); sie hat auch hierbei die Essenz ihres Wesens, Nichtachtung des Rechts, gezeigt, gezeigt, daß sie weder leben noch sterben kann, ohne die Gesetze des Landes zu verletzen (laute Zustimmung).

Vielleicht wird man dem Commissions-Bericht den Vorwurf machen, daß er über manche Fragen nicht den erwünschten Aufschluß gebe. Wir müssen aber bitten, dies mit unserem unvollkommenen Wissen zu entschuldigen, den Unwillen darüber an die Staatsregierung zu adressiren, die jede Aufklärung uns versagt hat (Hört! hört!), uns in derjenigen Unkenntniß gelassen hat, in der sich die Kammer in Gesellschaft von ganz Europa befindet. — Die Regierung beruft sich auf ihre gegen Rußland übernommenen Verpflichtungen aus der im Jahre 1857 auf 12 Jahre geschlossenen Cartell-convention über die Auslieferung der Deserteure. Meiner Ansicht nach aber trägt diese Convention gar nichts bei zur Rechtfertigung der heutigen Vorgänge. Mir ist schon die Rechtsbeständigkeit jenes Cartellvertrages zweifelhaft. Denn nach Art. 20 und 21 desselben ist es allen preußischen Staatsangehörigen verboten, Flüchtlingen aus dem russischen Polen Aufnahme zu gewähren, ihr Fortkommen zu befördern. Diese Artikel legen also den Preußen Verpflichtungen auf, machen also den Cartellvertrag zu einem solchen, der zu seiner Giltigkeit der Zustimmung der Landesvertretung bedurft hätte. Indeß der Vertrag hat ohne Einspruch der Landesvertretung sechs Jahre lang bestanden, und selbst von der Frage der Rechtsbeständigkeit abgesehen, lassen sich doch die Verhältnisse, über die wir uns heute beschweren, durch jenen Vertrag nicht rechtfertigen. Eine menschlich denkende und menschlich fühlende Regierung hätte die grausamen Rekrutenaushebungen in Polen nicht unter diejenigen Fälle rechnen dürfen, in denen der Cartellvertrag anwendbar sein sollte: denn sonst wäre dieser Vertrag contra bonos mores und schon in sich selbst nichtig. Eine menschlich denkende Regierung hätte unterscheiden müssen zwischen den gewöhnlichen Fällen militärischer Desertion und dem Fall, wenn ein Theil der Nation in seiner Verzweiflungsthat sich zu einer Insurrection wie der gegenwärtigen erhebt. (Beifall links). Endlich aber zeigt selbst der Wortlaut des Cartellvertrages, daß die Convention als eine Folge desselben nicht angesehen werden kann. Denn Art. 16 des Vertrages bestimmt, daß eine Verhaftung von Flüchtlingen nur durch die diesseitigen Behörden zu erfolgen habe, Art. 18 verordnet, daß ein verfolgendes Commando von jenseits an der preußischen Grenze Halt zu machen und nur einen Mann vorauszuschicken habe. Die Convention aber, welche der ganzen russischen Armee den Eintritt in preußisches Gebiet öffnet, ist also nicht eine Consequenz des Cartellvertrages, sondern dessen Beseitigung, und ist eines der Beispiele, welche Fortschritte unsere reactionäre Partei seit 1857 gemacht hat; sie zeigt, welche Fortschritte der Reaction in Aussicht stehen, wenn das Land durch einmüthiges Auftreten solche Fortschritte nicht unmöglich macht. (Lebhafter Beifall). Man hat sich darüber beklagt, daß unsere Adresse von einer kleinen Minderheit gesprochen, welche den Interessen der preußischen Nation entfremdet wäre. Nun ich frage, zeigt sich unsere reactionäre Partei in ihrer gegenwärtigen Politik nicht vollständig entfremdet den Interessen des preußischen Staates? (Sehr wahr).

Die Comm. war ferner der Meinung, daß die Erörterung der Frage, in welchem Verhältniß ein etwa künftig entstehendes Königreich Polen zu Preußen stehen würde, nicht an der Stelle wäre. Selbst wenn uns vom Ministerpräsidenten der Satz entgegen gehalten würde, daß ein solches für uns unter allen Umständen eine Gefahr wäre und die Reg. bei der entferntesten Möglichkeit einer solchen Eventualität vor Allen principiis obsta zu sagen hätte, haben wir unter den jetzt obwaltenden Umständen keine Veranlassung diesen Satz zu erörtern. Ich würde einen solchen Standpunkt begreifen. Ich würde begreifen, wenn die Reg. für einen solchen Fall Alles vorbereitete, wenn sie sich mit den auswärtigen Regierungen in Einvernehmen setzte, wenn sie sich vor Allem der Zustimmung der Landesvertretung versicherte. Von allem diesem ist bisher das Gegentheil geschehen (Hört!). Es ist an uns keine Aufforderung ergangen, die für eine etwaige Action nothwendigen Mittel zu bewilligen. (Hört!) Man geht so einseitig vor, als ob auf der ganzen Welt Niemand lebte, der sich darum bekümmerte (Hört!). Und das Alles geschieht, weil später vielleicht einmal ein neues Polenreich entstehen und unseren Grenzen gefährlich werden könnte. Der ebenso conservatie wie liberale, der vor Allem verständige Staatsmann (Heiterkeit) Edmund Burke hat einmal erklärt, es sei in der hohen Politik nichts so gefährlich als das Verfahren jener bekannten Milchfrau, welche, während sie von den fernen Herrlichkeiten träumte, die sie sich für ihren etwaigen künftigen Reichthum verschaffen könnte, die Quelle dieser Reichthümer, ihren Milchtopf zerbrach. Ein derartiges Verfahren schlägt unsre Reg. ein, wenn sie ihre Maßregeln mit dem Satze rechtfertigt: „Es kann einmal ein Königreich Polen entstehen.“

Wie aber die Regierung über alle Schwierigkeiten der innern Politik mit dem doktrinairen Satze fortzukommen denkt, daß in Preußen „das parlamentarische Regiment“ nicht aufkommen dürfe, so setzt sie sich über die Fragen der auswärtigen Politik „mit dem Königreich Polen“ weg. Aber nicht wie die Pallas aus dem Kopfe Jupiters springt das Königreich Polen plötzlich geharnischt vor, sondern es würde sich nur langsam und allmählich bilden können, so daß wir Zeit genug hätten, die preußischen Interessen wahrzunehmen. Es würde hier nicht sowohl auf die Frage ankommen, ob ein Königreich Polen entstehen wird, sondern auf die Frage, wie es zu Stande kommt Eine solche Frage zeigt je nach dem Verhalten Rußlands, nach dem der Polen, nach der Lage der Dinge im Orient eine ganze Reihe verschiedener Voraussetzungen, von denen sich bis jetzt nicht eine mit Bestimmtheit ermessen läßt. Das einzig richtige ist also verständiges Warten. Nicht, ob wir nach preuß. Interessen die Herstellung Polens zu wünschen haben, ist die wichtigste Frage, sondern ob die preuß. Politik die reifliche Ueberlegung zeigt, daß man der Regierung zutrauen kann, sie werde zur rechten Zeit das Rechte thun. Ihre Commission constatirt in den bisherigen Schritten der Regierung das Gegentheil. Sie sieht in diesen weder Ehre noch Vortheil für Preußen (Bravo), sie erkennt nur eine traurige Alternative: trübseligen Rückzug oder unübersehbare Gefahr (Hört). Sie sieht Preußen auf eine so abschüssige Bahn gestoßen in einem Augenblicke, wo es weniger als jemals in der Lage ist, solche Gefahren ertragen zu können, wo es durch die budgetlose Regierung in die tiefste Verwirrung gekommen, wo es durch die Charakteristik des Kriegsministers und die politischen Phantasien des Ministerpräsidenten seiner besten Kräfte beraubt ist. Wir haben auch heute nicht die Hoffnung auf praktischen Erfolg, aber wir müssen das Unsere thun. Wir rufen der Regierung die Warnung zu, wenn noch Zeit zur Umkehr ist, daß das Haus der Regierung auf den betretenen Weg nicht folgt, wir legen, wenn die Convention unwiderruflich sein sollte, feierlichen Protest gegen dieselbe ein, wir sagen uns von jedem Antheil von ihr los (Bravo).

Ein neues Amendement ist inzwischen eingegangen und findet ausreichende Unterstützung. Es ist vom Abg. v. Diederichs zum Amendement v. Bonin gestellt und will in demselben nach „jede darüber hinausgehende“ die Worte einschalten: „Anordnung so wie jede“. — Der nächste Redner ist:

Abg. v. Gottberg: Die Resolution sei nicht nur bestimmt, der Politik der königl. Staatsregierung eine Direction zu geben, sondern enthalte auch zugleich ein Tadelsvotum. Es sei dies um so auffallender, als die zu Grunde liegende Convention noch nicht bekannt sei. Einem so gewiegten Historiker, wie dem Referenten, müsse es nicht schwer geworden sein, auf Grund so weniger Thatsachen Folgerungen ziehen zu müssen. Da komme man denn zu Schlüssen, wie der, daß ein drei Meilen breiter Grenzgürtel der Monarchie den Verheerungen des Krieges ausgesetzt sei. Er glaube, mit demselben Rechte das Gegentheil annehmen zu können. Es sei immer eine mißliche Sache, wenn die Landesvertretung sich in die auswärtigen Angelegenheiten mischen wolle. (Unruhe.) Dann möge man das doch aber **vorher** thun. Sei eine Convention, wie die, welche man voraussetze, einmal abgeschlossen, so würde die Intervention des Hauses doch keinen Erfolg haben. (Unruhe.) Man werde dadurch die Verlegenheiten der Staatsregierung nur noch vermehren. (Große Heiterkeit.) Der große Staatsmann Burke, auf den der Vorredner sich bezogen, würde ein solches Auftreten gegen die eigene Regierung schwerlich gebilligt haben. Er könne den Patriotismus preußischer Abgeordneter nicht begreifen, die zur Begründung ihrer derartigen oppositionellen Ansichten sich auf die Aeußerungen auswärtiger Regierungen beziehen und sie mittheilen, obwohl diese Aeußerungen wahrscheinlich noch gar nicht ergangen seien. Der Bericht spreche von der Uebereinstimmung der Resolution mit dem in der Commission vorgebrachten Amendement, deren Unterschied er als einen weniger meteriellen als einen formellen bezeichne. Er (Redner) glaube, es sei doch ein sehr bedeutender Unterschied zwischen beiden vorhanden.

Die Resolution nehme zwar den Standpunkt der Unparteilichkeit für sich allein in Anspruch, der sei jedoch auch in dem Amendement gewahrt. Für ihn liege aber der Grund, gegen die Resolution zu stimmen, gerade in dem Passus, den jenes Amendement (Bonin) ausgelassen habe und worin sich die Antipathie gegen die russische Regierung ausspreche. Ein historischer Rückblick zeige die Solidarität zwischen den Bewegungen in Polen und den revolutionären Bewegungen in Preußen. Dies habe sich nicht nur 1831, sondern auch namentlich 1848 gezeigt. So habe es denn die Vorsicht geboten, daß die preußische Regierung bei Zeiten Maßregeln treffe gegen die gegenwärtige Bewegung in Polen. Was habe die Regierung denn aber eigentlich gethan? Sie habe die Reserven dreier Armeecorps eingezogen, Truppenconcentrationen vorgenommen und einzelne Truppentheile an der Grenze aufgestellt und mit der benachbarten Regierung eine Vereinbarung getroffen. Bei einem solchen undisciplinirten Aufstande, denn von einer nationalen Erhebung könne man nicht sprechen, — so räuberischen Banden gegenüber (Unruhe) habe die Regierung nicht weniger thun können. Zweck der Bewegung sei die Wiederherstellung des polnischen Reiches oder vielmehr des polnischen Reichstags. (Große Unruhe.) Die Erreichung dieses Zweckes würde für Preußen nicht angenehm sein, denn die Polen seien von jeher sehr unruhige Nachbarn gewesen. Die europäischen Mächte hätten kein Interesse, den Bestand der preußischen Monarchie zu garantiren; außerdem würde das neue polnische Reich das Bestreben haben, sich nach der See auszudehnen. So würde man statt des jetzigen ruhigen (Heiterkeit) einen sehr unruhigen Nachbar haben. Er glaube, kein Staatsmann, auch die nicht, welche jetzt Opposition machen, — würde in gleicher Lage anders haben handeln können, als die Regierung. Er sehe in ihrem Vorgehen nur das Bestreben, die preußischen Staatsangehörigen zu schützen. Er wünsche, daß alle andern Regierungen in anderen Fällen das Nichtinterventionsprincip nie mehr verletzt hätten, als die preußische Regierung in diesem Falle. Er sei also gegen die Resolution, weil sie ein unbegründetes Tadelsvotum gegen die Regierung enthalte. Er sei aber auch dagegen, weil sie ein Mißtrauen enthalte gegen Rußland.

Er habe dessen Politik nicht zu vertheidigen, könne aber nicht vergessen, daß wir jetzt das fünfzigjährige Jubiläum jener Zeit feiern, wo Rußland zur Wiederherstellung Preußens beigetragen. Rußland verlange keine „Gensdarmeriedienste“ von Preußen, sondern Schutz der Grenzen. Er freue sich, daß die preußische Regierung, unbeirrt durch die liberale Presse, gerade das gewählt und ergriffen habe, was im wohlverstandenen preußischen Interesse am schnellsten zur Unterdrückung des Aufstandes führe. Sie habe recht eigentlich preußische, nicht russische Politik getrieben. Sie habe sich damit durchaus **nicht** verantwortlich gemacht für die Art, wie die russische Regierung ihre Armee rekrutire. — Er stimme endlich gegen die Resolution, weil dieselbe nicht im Interesse der polnischen Frage gefaßt werden solle, sondern als ein neues Mittel der Aufregung des Landes gegen das Ministerium, als ein neues Mittel der Opposition. Die Gemäßigten im Hause seien nur mitgerissen worden zur Beistimmung, das beweise der Verlauf dieser Angelegenheit. Die Sache habe angefangen mit einer polnischen Interpellation, die aber unterstützt war von einer Anzahl deutscher Abgeordneten. Er begreife nicht, wie deutsche Abgeordnete den betreffenden Erlaß zum Gegenstande ihrer Kritik machen konnten, da die Fortschrittspartei sich doch die „deutsche“ nenne. Daran habe sich die zweite Interpellation geknüpft, auf die man eine Antwort gar nicht erwartet habe, gar nicht habe erreichen wollen. Nur die Besprechung sei bezweckt gewesen und diese habe denn eine Rede gebracht, die ihn (Redner) stark an die Zeit der National-Versammlung erinnert, die vor seinem inneren Auge eine Reihe von Bildern heraufbeschworen habe. (Heiterkeit). Daran schließe sich die gegenwärtige, angeblich unparteiische Resolution, die aber nur gegen die russische Regierung gerichtet sei. Es könne nicht im Interesse Preußens liegen, auch nur den Schein anzunehmen, als ob es die Revolution begünstige. Bei uns habe bisher der Grundsatz gegolten, „das Recht geht vor Gewalt.“ Er habe aber nicht nur gegolten, seines Erachtens gelte er auch noch heutigen Tages, und er (Redner) wünsche, daß er diese Geltung stets behalte. (Beifall von den Conservativen).

Abg. v. Rönne (Solingen): Die Fortschrittspartei habe ihre Resolution eingebracht im Sinne von ganz Preußen, ganz Deutschland, der civilisirten Welt. Die Theilung Polens sei ihrer Zeit gerechtfertigt worden durch die dort herrschende Anarchie; man habe gesagt, wenn es in des Nachbars Hause brenne, dürfe man dort löschen, ja wohl löschen, aber nicht rauben und plündern! Der Anarchie sei unter dem russischen Regimente nicht der bessere Zustand gefolgt, den man hätte erwarten dürfen. In das neapolitanische Musterregiment hätten sich vor einigen Jahren die civilisirten Nationen eingemischt, um ihm Einhalt zu thun; in das russische Musterregiment mische sich die preußische Regierung ein, um es zu unterstützen. Daß die Landespolitik sich nicht in die auswärtige Politik zu mischen habe, sei als ein überwundener Standpunkt anzusehen, nachdem ihn sogar Schmerling in Oesterreich aufgegeben. Wie könne derselbe auch fest gehalten werden. Die kleine Partei, welche sich hier seit Jahren jedem Fortschritt widersetze, stehe im Bunde mit einer anderen kleinen Partei in Rußland, die dort die Reformpläne des Kaisers zu hintertreiben suche. (Hört! Hört!) Diese beiden Parteien bilden die heil. Allianz im Kleinen nach. Die maßlose Ausdehnung des russ. Gebiets habe schon vor Jahrzehnten Bedenken erregt; wie hätten sich diese durch die Eisenbahnen noch gesteigert! Rußland habe zwar seit dem Krimkriege aufgehört, gefährlich zu sein, aber durch Durchführung der angebahnten Reformen werde es sich wieder stärken. Die Welt wisse sehr wohl, daß die Politik der Regierung nicht die des preußischen Volkes sei, aber dem Ausland könne man diese Ausrede nicht entgegensetzen. Das Volk müsse daher gegen die Politik der Regierung protestiren, und davon sei von den Kaufmannschaften hier und in Stettin ein schöner Anfang gemacht. Man müsse sich bestreben, ähnliche Nachtheile von sich abzuwälzen, wie einst die Einverleibung Krakau's in Oesterreich sie über Preußen verhängt. Die mit Rußland bestehende Kartell-Conventionen böten dem Auslande Anlaß zu gerechter Entrüstung; dieselben seien bei der letzten Erneuerung dem Abgeordnetenhause nicht vorgelegt, und man müsse daher dagegen, daß nach denselben verfahren werde, protestiren. Die ausdehnende Auslegung, welche die Regierung denselben auch auf die politischen Verbrechen gegeben, verstoßen gegen die völkerrechtlichen Prinzipien. Das Haus müsse mit aller Macht gegen eine Politik ankämpfen, die die Interessen des Landes und der Dynastie bedrohe. (Bravo.)

Abg. Röpell (Oels): Meine Herren! Ein Redner, der vor mir auf der Tribüne stand, hat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß dieses Haus eine Resolution, wie die vorgeschlagene, beschließen will. Ich kann nur sagen, ich wundere mich über seine Verwunderung; denn wenn irgend jemals das Haus eine Veranlassung hatte, seine Stimme zu erheben, so ist es meiner innigsten Ueberzeugung nach in dieser Sache. Die Regierung hält es, bei der Lage der Dinge im Nachbarlande, für nothwendig, Truppen-Massen an der Grenze zu concentriren; sie beruft zu diesem Zwecke die Reserven ein, d. h. sie ruft unsere Jugend von ihren bürgerlichen Arbeiten ab; sie schließt darauf eine Convention, welche die höchsten Interessen eines großen Theils unserer Mitbürger, die Interessen der Sicherheit der Person und des Eigenthums berührt. Das Gerücht von dieser Convention dringt in die öffentlichen Blätter; die Grenzprovinzen gerathen in Unruhe, und als in diesem Hause die Landesvertretung die Frage an die Staatsregierung stellt: wie es mit dieser Convention sei, so erfolgt keine Antwort. Die Staatsregierung lehnt es ab, der Landesvertretung irgend welche Auskunft darüber zu geben. Meine Herren, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, welche Stellung die Staatsregierung der Landesvertretung gegenüber ein-

nimmt und festhalten will, so hat das letzte Verfahren der Staatsregierung uns diesen Beweis sattsam geliefert.

Wenige Tage nachdem der Minister die Antwort verweigert, mußten wir aus den Verhandlungen des englischen Parlaments erfahren, daß der russische und preußische Botschafter dem englischen Ministerium den Abschluß einer Convention angezeigt haben, einer Convention, die den Truppen einer fremden Macht das Recht giebt, große Strecken unseres Landes zu einem Kriegsschauplatz zu machen. Meine Herren, mit welchen Gründen rechtfertigt die Regierung diese Convention? Sie hat uns die Gründe speziell nicht angegeben, aber aus den Worten des Herrn Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 16. Februar bei Gelegenheit der Beantwortung der Interpellation des Abgg. Kantak und Genossen geht deutlich der allgemeine Gesichtspunkt hervor, aus dem die Convention abgeschlossen ist, daß die Convention noch weitere Dinge im Auge hat, als nur die Sicherstellung der Grenzen. Abg. v. Gottberg hat vorher gesagt, er sehe gar keinen Grund ein zu der Befürchtung, daß die Regierung etwas mehr beabsichtige, als nur unsere Grenzen zu schützen. M. H.! wenn es heißt, die Pflicht der Regierung steht fest, jeder Bewegung entgegen zu treten, ohne abzuwarten, daß sie vielleicht erstarke, so heißt das nichts anderes, als der Bewegung im Königreich Polen entgegen zu treten und sie niederzuschlagen. Ich will Sie nicht aufhalten mit einer Schilderung der Gefahren, welche jede Intervention mit sich führt; eine Intervention ist nur heilsam, und wird nur dann gerechtfertigt werden können, wenn sie hervorgeht einerseits aus einer bestehenden Verpflichtung, und andererseits aus einer Erkenntniß eines ganz klaren und unzweideutigen Rechtes. Die wiener Verträge haben Preußen keine Verpflichtung auferlegt. Alles, was die wiener Verträge ins Leben gerufen haben, als eine nationale Armee, nationale Justiz und Administration, es existirt in Polen nicht mehr, und an die Stelle desselben ist getreten eine russische Herrschaft, welche mit vollem Fug und Recht den Namen des Despotismus trägt. Dies hat 30 Jahre gedauert.

Ich will diese Despotie nicht schildern, nur eins will ich erwähnen zur Charakteristik, wie Rußland die Verträge in Polen erfüllt hat, nämlich die fast gänzliche Unterdrückung aller höheren Bildungsanstalten, nicht blos der Universität, sondern auch der Realschulen und Gymnasien. (Hört! Hört!) Es ist ein schweres Wort, Entwicklung der Volksbildung zu unterbinden; wollen Sie einen Zeugen hören über die Wirkung der Maßregeln der russischen Regierung, so kann ich Ihnen das Zeugniß eines Mannes, eines Freundes der Russen anführen, des Mannes, der heute an der Spitze der russischen Regierung in Warschau steht, des Markgrafen Wielopolski. In einer Schrift vom Jahre 1846 sagt er etwa Folgendes: In diesem Gegensatz von Polen und Russen, in der Nothwehr gegen die Despotie der Russen verhärten sich die besten Züge des polnischen Charakters; die Vernunft und Empfindung verschlechtern sich und die Würde der menschlichen Natur wird verdorben 2c. Diese Zustände dauerten bis zur Thronbesteigung Kaiser Alexanders; Wielopolski wurde an die Spitze der Regierung gestellt, der Zweck, eine Versöhnung der polnischen Nation mit Rußland herbeizuführen, nicht erreicht. Woher ist es gekommen, daß die Politik Wielopolski's nicht eine Partei in Polen für sich hatte? Der Grund liegt offen vor aller Welt; der Grund ist der, daß man in Polen ganz allgemein weiß, daß der letzte Gedanke dieser Reform-Politik nicht die Aussöhnung der Polen mit den Russen ist, sondern die Verschmelzung beider. Für uns ist es von dem größten Interesse, zu wissen, daß diese Politik isolirt steht und daß die Nation von ihr nichts wissen will. M. H.! Wenn das die Lage der Dinge in Polen ist, sollen wir diese russenfreundliche Politik unterstützen durch eine Intervention? Sollen wir unser Blut und Eigenthum hingeben, um die russische Macht in Polen zu verdoppeln? Das wäre eine sehr falsche Politik. Der Herr Minister-Präsident sagte: Die Sicherheit des preußischen Staates würde gefährdet, wenn die polnische Insurrection ihre Zwecke erreiche. Nun, m. H., die Sicherheit des preußischen Staates wird ganz gewiß gefährdet, wenn die russische Macht in Polen noch stärker wird, als bisher. (Sehr richtig.)

Der Herr Ministerpräsident sagt, die Bewegung ginge auf die Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches in einer dem früheren Zustande desselben sich annähernden Ausdehnung, und deshalb wäre die Regierung verpflichtet, einzuschreiten. Meine Herren, darin wird Jedermann übereinstimmen, daß die Integrität unseres Staatsgebiets vollkommen gewahrt ist. Bei Einzelnen könnte der Plan, die preußischen Provinzen mit in den Aufstand hineinzuziehen, wohl vorhanden sein, im Allgemeinen existirt er nicht. Es wäre zu thöricht, wenn die Polen Rußland, Preußen und Oesterreich sich zu gleicher Zeit auf den Hals ziehen wollten. Wenn nun die Frage, ob ein unabhängiges Polen für Preußen gefährlicher ist, als ein starkes Rußland, gegenwärtig nicht vorliegt, so gewinnen die höheren und sittlichen Gesichtspunkte der Politik ein doppeltes Gewicht. Meine Herren! Wir feiern in diesem Jahre das Andenken an die Tage der Erhebung unseres preußischen und deutschen Vaterlandes. Wir feiern damit die neue bessere Gründung einer nationalen Selbstständigkeit, und das ist ja eben eines der fruchtreichsten Resultate der Napoleonischen Epoche, daß sie das nationale Bewußtsein als ein neues, sehr bedeutendes Factum in die Entwickelung der Geschichte unseres Jahrhunderts eingefügt hat. Dieses nationale Bewußtsein ist der Hebel aller Erscheinungen gewesen und, meine Herren, wir sollten bestreiten, daß auch die Polen eine Nation sind? wir sollten es bestreiten im Angesicht einer Jahrhunderte langen Geschichte, einer Geschichte, welche allerdings ihre Schlacken, aber auch die ruhmvollsten Tage hat? Eine Nation, wie diese, stirbt nicht, und wer von uns wollte ihr verdenken, daß sie nicht sterben will, daß sie danach strebt, die Unabhängigkeit zu gewinnen?

Nun sagt man, die Polen wären nicht fähig, einen Staat zu erhalten. Meine Herren! Seien wir nicht zu voreilig mit einem solchen Urtheil. Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns gezeigt, wie trügerisch ein solches Urtheil ist. Es ist noch gar nicht lange her, daß alle politischen Leute in Europa es nach den bisherigen Erfahrungen für unmöglich hielten, daß die Italiener zu einem Reich sich zusammenschaaren würden. Aber jetzt ist der Anfang gemacht, freilich ist noch nicht Alles gelungen, aber was sie geleistet haben, läßt annehmen, daß ihnen noch mehr gelingen wird. Denken wir an uns selbst, wie schwer wir ringen, um zu einer Einheit zu gelangen, und urtheilen wir nicht zu voreilig über die Fähigkeiten einer großen Nation. Also das Interesse Preußens erfordert die strengste Neutralität, und dieser Grundgedanke ist am besten in dem Amendement v. Bonin ausgesprochen. Dasselbe vermeidet die Mißdeutungen, denen die von der Commission empfohlene Resolution ausgesetzt ist. Es spricht das aus, was in erster Reihe auszusprechen ist: „Die Regierung möge sich auf den Schutz der Grenzen beschränken und nichts darüber hinaus thun." Mögen Sie nun das Amendement oder die von der Commission vorgeschlagene Fassung der Resolution annehmen, ich spreche die Hoffnung aus, daß ein mit großer Mehrheit gefaßter Beschluß dieses Hauses, welcher ausspricht: „Preußen hat gegenüber der nationalen Bewegung in Polen neutral zu bleiben", nicht ohne Wirkung bleiben wird. Ich schließe mit dem Satze: Discite justitiam moniti non temnere dicas! (Bravo.)

Minister des Innern Graf Eulenburg: In der augenblicklichen Abwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten möchte ich nur die Bemerkung machen, daß es nicht ein so unerhörter Zustand in der Diplomatie ist, daß eine Convention, welche der Landesvertretung noch nicht vorgelegt ist, irgend einer andern Regierung vertraulich mitgetheilt wird. Das kann darin seinen Grund haben, daß die Convention entweder nicht ganz fertig ist, oder daß darin Bestimmungen enthalten sind, welche es nicht nöthig machen, sie der Landesvertretung vorzulegen. Dies schließt aber nicht aus, daß die Convention andern Regierungen vertraulich mitgetheilt werden kann. Indem ich diesen Grundsatz aufstelle, will ich damit nicht behaupten, daß dies geschehen sei; darüber sich zu erklären, muß ich dem Herrn Minister des Auswärtigen überlassen.

Nur noch ein Faktum will ich anführen. Die Cartelconvention mit Rußland ist ein unbestrittenes Gesetz; ich kann nicht absehen, daß eine solche Convention nicht angewendet werden soll in Zeiten der Gefahr. Eine solche Auffassung kann ich nicht theilen; was die Anführung betrifft, daß vier Leute an Rußland ausgeliefert sein sollen, so muß ich bemerken, daß vier legitimationslose Personen auf dem Bahnhofe arretirt worden sind, alle mit abgelaufenen alten russischen Pässen versehen. Auf dieses Factum hin sind sie den Bestimmungen der Cartellconvention zufolge, einfach nach der russischen Grenze ausgewiesen worden (Gelächter), gemäß der Bestimmung, daß unsererseits ausgewiesen werden kann; russischerseits angenommen werden muß. Das ist das Factum.

Abg. Dr. Becker (Dortmund): Von einer Seite ist diesem Hause gewissermaßen die Legitimation bestritten worden, auswärtige Angelegenheiten zum Gegenstande der Debatte zu machen und meinen politischen Freunden als unverträglich mit ihrem Programm vorgeworfen worden, daß sie Maßregeln zum Schutz der Deutschen kritisiren wollen. Wir sind nicht an diese Frage herangetreten, sondern diese Frage ist an uns herangetreten, sie ist über uns gekommen. Wir haben uns damit befaßt, weil unsere Staatsreg. sie über uns gebracht hat. So weit dieses Haus Einfluß haben kann auf die Vorgänge im Königreich Polen, so wenig unterliegt dieses Haus dem Einfluß polnischer Verhältnisse. Das spreche ich aus gegen die Verdächtigungen einzelner Organe der Presse, die sich den Schein geben, die Staatsregierung zu vertreten. Dieses Haus ist ein preußisches Haus; es ist ein deutsches Haus; das werden auch die Herren hier zur Linken (die Polen) bezeugen. Und sollte ein Bruchtheil im Hause sein, der scheiden möchte zwischen spezifisch deutschen und spezifisch preußischen Interessen, so ist dieser Bruchtheil doch so verschwindend klein, daß er nicht in Betracht kömmt. Es ist eine signatura temporis, daß wir in diese Debatte gekommen, daß unsere Staatsregierung die Kenntniß von dem Allernothwendigsten vorenthält, namentlich aber die Kenntniß von den Verpflichtungen, die sie für den Staat und somit für die Angehörigen des Staates übernommen hat. Wir können dies nicht mit Stillschweigen übergehen. Seitdem Bevollmächtigte das preußische Gut und Blut preußischer Unterthanen zur Verfolgung russischer Unterthanen angeboten haben, können wir uns in preußischem Interesse nicht mehr von dieser Frage dispensiren. Ich will nicht reden von den Vorfällen in Gleiwitz und Gollub, von der angekündigten brutalen Militärherrschaft in Westpreußen, von den stattgefundenen Grenzüberschreitungen 2c.; soviel aber ist gewiß, daß Preußen in schwere Mitleidenschaft gezogen ist für russische Interessen. Das preuß. Abg.-Haus hat sich zu erinnern, wo die Anfänge der jetzigen Zustände und Verhältnisse liegen. Seit dem Tage, wo Preußens neue Machtstellung gesichert war, seit dem Ende des siebenjährigen Krieges sind die Polen die Russen nicht mehr los geworden, denen es nicht gelungen war, sich durch ein Stück von Preußen zu vergrößern.

Redner geht nunmehr auf die drei Theilungen Polens ein, führt aus, daß Preußen bei der ersten Theilung diejenigen Stücke zu nehmen befugt gewesen, die früher dem deutschen Ritterorden unterworfen gewesen, was darüber hinaus geschehen, sei aber unerhört gewesen. Den Vorwand zur zweiten Theilung, fährt er fort, haben die Unruhen in Polen selbst gegeben, den Vorwand zur dritten Theilung, daß die Polen die zweite sich nicht wollten gefallen lassen. Aus den im Jahre 1791 geschlossenen polnischen Verträgen und aus der polnischen Verfassung vom selben Jahre kann man sich überzeugen, daß das polnische Staatsrecht ein großes Stück voraus war den staatsrechtlichen Anschauungen nicht blos derer, welche damals in Preußen lebten, sondern selbst mancher solcher, die im J. 1863 leben (Hört! Hört!). Diese Verfassung garantirte eine freie Selbstverwaltung, sie gab die Habeascorpusacte, sie ist älter, als die französische Verfassung. Preußen hatte die dadurch eingeführten inneren Reformen verbürgt, ein Schutz- und Trutzbündniß deshalb mit Polen abgeschlossen, und es hat, als Rußland Polen überfiel, seine Verpflichtung nicht erfüllt. Der große Historiker Schlosser nennt das damalige Verfahren gegen Polen eine Kette von Sophistereien zur Verlarvung einer juristisch-militärischen Gewaltthat. Es ist auch wohl, Zeit daran zu erinnern, daß preußische Staatsmänner auf die zweite Theilung Polens nur eingehen konnten, weil sie bereit waren, das linke Rheinufer abzugeben. Welche Schäden daraus für Preußen entstanden sind, ist bekannt. Nimmermehr würde der Krieg von 1806 und 1807 einen so unglücklichen Ausgang gehabt haben, wenn nicht ein Drittel der preußischen Armee aus Polen bestanden hätte, die zu den Franzosen übergingen. Nicht die Franzosen allein haben Preußen damals geschlagen, die Polen sind es gewesen. In der ersten Theilung bekam Preußen ein Sechstel von dem Antheil Rußlands, in der zweiten ein Viertel. Es verlor 1807 unter Mitwirkung der Russen von der ganzen polnischen Beute drei Viertel, d. h. es blieben ihm von einem Gebiete, das größer war als das Kaiserreich Frankreich, von 13,500 Quadrat-Meilen, nur 1,807 Q.-M.; auf dem wiener Congreß erhielt es dazu noch 25 oder 30 Q.-M.

Davon gehörten 1309 M. zum Netzedistrikt und 1009 M. haben eine überwiegend deutsche Bevölkerung, die anzunehmen also keine preußische Regierung Bedenken zu hegen brauchte. — Als Preußen sich im Jahre 1815 von Neuem zum Complicen dieser Theilung machte, da sollten die Nachtheile, welche damit für Preußen verbunden waren, wenigstens einigermaßen aufgewogen werden durch Nebenverträge. Darin war zwar nur von Polen die Rede, es konnte uns aber nicht gleichgiltig sein, ob dieselben gehalten werden, da sie die nationale Selbständigkeit Preußens voraussetzen. Preußen hat die Pflicht gehabt, darüber zu wachen, nicht blos im Interesse der Preußen polnischer Zunge, sondern im Interesse aller Preußen. Es ist für Preußen nicht gleichgiltig, ob der Art. 31 der polnischen Verfassung vom 17. Nov. 1815 noch gilt, welcher der polnischen Nation für ewige Zeiten eine nationale Repräsentation, aus zwei Kammern bestehend, zusagt. Diese Verheißung ist von Preußen, wie von allen Mächten, die Theil genommen haben an den Verträgen von 1815, garantirt. Zur Aufrechterhaltung dieser Verträge sind vor Allem die Nachbarn berufen u. diejenigen Staaten, welche selbst eine nationale Repräsentation haben. Die perfide russische Auslegung dieser Verträge u. die furchtbaren Maßregelungen, denen der polnische Patriot bis 1830 ausgesetzt war, sind bekannt. Wenn das kein Rechtstitel war zur polnischen Revolution, dann war auch diese Revolution kein Rechtstitel für die spätere Wegwischung, die Annullirung aller Verträge.

Es ist leider eine Thatsache, daß die preußische Regierung zu alledem Ja gesagt hat, daß sie die Abschließung Polens durch eine chinesische Mauer, die Beschädigung des Wohlstandes preußischer Staatsangehöriger geduldet, daß sie Cartellverträge abgeschlossen hat, durch welche jene Mißregierung erst möglich geworden ist. Es ist aber kaum zu verwundern, daß eine Regierung, welche die Verheißungen, welche sie selbst im Jahre 1815 gegeben, so lange nicht erfüllt hat, nicht in der Lage war, die russische Regierung an die Erfüllung der ihrigen zu mahnen. Seit Preußen ein constitutioneller Staat war, ist die Sache jedoch eine andere; jetzt war es an der Zeit, die russische Regierung an jene Erfüllung zu mahnen. Wenn schon die frühere Regierung die passende Gelegenheit dazu versäumt hat, so ist es nicht zu verwundern, daß die jetzige Regierung jene von Schlosser gekennzeichnete Richtung mehr beachtet, als die materiellen preußischen Interessen. Die Landesvertretung aber kann nicht umhin, es auszusprechen, daß sie die Vernichtung eines selbständigen polnischen Reiches für ein Unglück hält an der polnischen Nation, an dem Frieden Europas, daß Preußen kein Interesse hat an der Aufrechterhaltung der russischen Herrschaft in Polen. — Redner wendet sich nunmehr zur Widerlegung des Einwandes, daß die Integrität des preußischen Staates selbst durch Gelingen des polnischen Aufstandes, durch Errichtung eines neuen polnischen Reiches gefährdet sei. — Ich glaube nicht, daß das Polen von 1772 wieder herzustellen sei; das heutige Polen müsse ein ganz anderes sein. Das deutsche Volk kann und wird die deutschen Häfen Danzig und Elbing nie abtreten; keine Scholle Landes, das deutsche Betriebsamkeit urbar gemacht, darf abgetreten werden, kann abgetreten werden. Ein polnischer Staat ist ein besserer Nachbar für Preußen, als ein russisches Reich. Das polnische ist kein seefahrendes Volk; ihm wird der Besitz der Ostseeprovinzen nichts nützen.

Rußland aber hat doch wenigstens eine Marine. Wenn Polen definitiv dem russischen Reiche einverleibt ist, dann ist dessen Besitz jener Provinz höchst gefährlich für Deutschland. Es wird den Polen wohl ihre Betheiligung an der Schlacht bei Leipzig vorgeworfen; und es ist richtig, daß sie sich von Napoleon damals haben führen oder vielmehr anführen lassen. Aber nicht die Polen, sondern die Franzosen, die deutschen Rheinbundfürsten sind die geschlagenen gewesen. Es geziemt gewiß am wenigsten einer deutschen Landesvertretung eine derartige Moral zu vertreten. — Ich resümire mich: Deutschland hat kein Interesse daran, daß Rußland Polen absorbirt, wohl aber hat es ein Interesse an einem selbstständigen Polen. Und da das Ministerium uns jede Auskunft verweigert, wir also auf allgemeine Sätze angewiesen sind, müssen wir uns darauf beschränken, dies im Allgemeinen auszusprechen. Dieser Nothwendigkeit gegenüber bitte ich Sie, m. H., auch jede etwaige subjective Antipathie gegen Polen zurücktreten zu lassen. Es ist ein Unterschied zwischen Gernhaben und politischer Nothwendigkeit. Gleichzeitig ist unser Protest gerichtet gegen die Leichtfertigkeit, mit welcher uns die Convention in auswärtige Händel bringen könnte; und sie soll ausdrücken, daß es uns nicht gleichgiltig sein kann, ob dieselbe Politik wieder herrschen soll, wie vor sieben Jahren. Soll ich schließlich den Commissions-Antrag mit dem Amendement vergleichen, so komme ich zu dem Schluß, daß an dem einen wie an dem anderen etwas ausgesetzt werden kann. Indessen lege ich kein großes Gewicht auf die Abweichungen. Die Möglichkeit, daß die Resolution mißverstanden werde, läßt jede der vorliegenden Fassungen zu. Gegen die Böswilligkeit giebt es keine Argumente, und jede Resolution, welche sich gegen das Ministerium richtet, wird dieselbe Interpretation finden. Ich stimme principaliter für den Commissions-Antrag. (Beifall.)

Minister Graf Eulenburg: Der Abg. Becker hat von brutaler Militärwirthschaft in Westpreußen gesprochen. Dies nimmt sich im Munde eines preußischen Abgeordneten mindestens eigenthümlich aus, wenn man bedenkt, daß es preußische Truppen sind, welche allein in Westpreußen stehen, und welche jetzt in allen Grenzkreisen verstärkt worden sind auf den Wunsch der gefährdeten Bewohner. Ich constatire, daß in allen Grenzorten das dringende Verlangen nach Schutz durch unser Militär ausgesprochen worden ist und constatire ebenso, daß die betreffenden Landestheile amtlich und außeramtlich sich dankbar gezeigt haben für die Regierungsmaßnahmen und namentlich für die von der Regierung durchgeführte Armeeorganisation (Aha! im ganzen Hause), welche allein diese Maßnahmen möglich gemacht hat. Auch eine andere Bemerkung des Vorredners, die russischen Grenzen seien durch preußische Truppen bereits überschritten, bezeichne ich als entschieden unrichtig. Auf die ersten Zeitungsnachrichten über die Vorgänge in Gollub habe ich von dem Landrath des Kreises Strasburg in Westpreußen telegraphisch Auskunft über den angeregten Vorfall erfordert. Ich habe in Folge dessen heute telegraphische Antwort erhalten, die ich wörtlich mittheile. — Der Minister verliest das Telegramm, dessen wesentlicher Inhalt lautet: In der Nacht vom 18. zum 19. d. M. ist die die preußische Stadt Gollub mit dem russischen Grenzort Dobrzyn verbindende Drewenzbrücke von preuß. Truppen besetzt gewesen, weil große Insurgentenhaufen auf Dobrzyn herangerückt waren. Von einer Besetzung des letzteren Ortes durch preußische Truppen ist nicht die Rede, sondern nur von „vorgeschobenen Posten". Die Insurgenten wagen sich jetzt nicht mehr gegen Dobrzyn."

Ministerpräsident v. Bismarck-Schönhausen: M. H.! Gestatten Sie mir zunächst einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen der Frage in diesem Hause. Es hatte nichts Ueberraschendes, daß die Herren Abgeordneten polnischer Nation diesen äußeren Anlaß benutzten, um ihren antipreußischen Tendenzen einen neuen Ausdruck zu geben. Bedenklicher war es schon, daß die Interpellation von deutschen Abgeordneten mit unterschrieben war. Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten zu begeistern, wenn auch das eigene Vaterland darunter leidet, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt (Gelächter). Darauf folgte die Interpellation der Abg. Schulze und v. Carlowitz. Durch dieselbe wurde die kgl. Regierung aufgefordert, die über eine brennende europäische Frage noch schwebenden Verhandlungen der öffentlichen Kritik preiszugeben. Die kgl. Reg. sah es durch die Staatsinteressen vorgeschrieben, die Antwort abzulehnen. In jedem anderen Parlamente würde die strengste Opposition von der Verfolgung der Sache Abstand genommen haben, und ich knüpfe daran den Wunsch: geben Sie uns ein englisches Unterhaus, und dann fordern Sie von uns englische Institutionen (Widerspruch, Ruf: Oberhaus!) Das Oberhaus ist weniger wichtig (Heiterkeit). Das Partei-Interesse schien mit dem Staatsinteresse nicht zusammenzutreffen. Das Haus forderte die Discussion. In dieser traten nur deutsche Redner in unerhörter Weise auf. Der Abg. Waldeck verglich die Einziehung preußischer Reserven mit dem Verkauf der hessischen Landeskinder nach Nordamerika; der Abg. v. Unruh deutete unter Ihrem lebhaften Beifall an, daß, wenn aus den Vorkehrungen der Reg. auswärtige Verwickelungen entstehen sollten, die Mittel zur Landesvertheidigung dem Könige verweigert werden würden. Heißt das nicht dem Auslande zurufen: Kommt her, es ist Zeit, der Augenblick ist günstig; Preußen ist wehrlos (lebhafter Widerspruch; oh, oh!). Es freut mich, daß Sie noch einen Ausdruck der Entrüstung dafür haben (großer allseitiger Widerspruch. Ruf: zur Ordnung!).

Vice-Präsident Behrend: Ich bitte zunächst um Ruhe. Der Herr Minister-Präsident hat erklärt, er freue sich über den Ausdruck der Entrüstung. Ob der Herr Minister-Präsident irgend eine Freude über das, was das Haus zu thun gedenkt, oder gethan hat, hier äußern will, ist seine Sache; einen Ordnungsruf halte ich nicht für gerechtfertigt. (Beifall.)

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich will hier die Frage, in wie weit ein Ordnungsruf an das Staatsministerium zu erlassen ist, nicht erörtern; aber sollte er wieder in dieser Weise in Anregung gebracht werden, so behalte ich mir die Erörterung vor. — Meine Herren, die Drohung, Preußen wehrlos zu machen, sprach derselbe Abg. v. Unruhe aus, dessen Name mit der Steuerverweigerung im Jahre 1848 — — — (Stürmische Unterbrechung.)

Vice-Präsident Behrend: Ich muß dem Herrn Minister-Präsidenten bemerken, daß die letzte Aeußerung mit der ganzen vorliegenden Frage in gar keiner Beziehung steht.

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich kann dem Herrn Präsidenten das Recht zu einer Disciplinarrüge gegen mich nicht einräumen; ich habe nicht die Ehre zu dieser Versammlung zu gehören, ich habe die Geschäftsordnung nicht mit gemacht, ich habe den Herrn Präsidenten nicht mit gewählt. Die Disciplinargewalt des Herrn Präsidenten hat an diesen Schranken (des Ministertisches) ihre Grenzen. Ich habe zum Vorgesetzten nur Se. Maj. den König; ich nehme nicht das Wort kraft Ihrer Geschäfts-Ordnung, sondern kraft der mir von Sr. Maj. dem Könige gegebenen Autorität; Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen.

Vice-Präsident Behrend: Ich habe dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort nicht entzogen und nach der Verfassung nicht entziehen können. Aber nach der Geschäfsordnung übt der Präsident des Hauses die Disciplinargewalt soweit die vier Wände des Hauses reichen (lebhafter Beifall), und diese Gewalt werde ich ausüben.

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich muß diese Ansicht als eine bezeichnen, welche vom Staatsministerium nicht getheilt wird. Also ich habe gesagt, der Abg. v. Unruh, welcher i. J. 1848 seinen Namen mit der Steuerverweigerung — — — (lebhafte Unruhe, Zeichen der Entrüstung; wiederholter Ruf: vertagen! vertagen!)

Vice-Präsident Behrend: Ich werde mich genöthigt sehen, von der Bestimmung der Geschäftsordnung, in einem solchen Falle die Sitzung zu vertagen, Gebrauch zu machen (Beifall), im Falle der Herr Minister-Präsident Aeußerungen wiederholt, von denen ich erklärt habe, daß sie nicht zur Debatte gehören (Beifall).

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich kann den Herrn Präsidenten nicht verhindern die Sitzung zu vertagen; ein zweimaliges Aussprechen meiner Bemerkung ist übrigens genügend. (Abermaliger Ruf: vertagen! Glocke des Präsidenten. Ruhe.) Diese Drohung, Preußen dem Auslande gegenüber wehrlos zu stellen, ist eine unglückliche, aber es drängt sich dabei die Bemerkung auf, daß mit der Tendenz auch die Namen des Jahres 1848 wieder in den Vordergrund treten. Man schlägt Ihnen jetzt vor, die Insurrektion unter Mieroslawski, durch Annahme der Resolution Ihre Sympathie zu bekunden. Ich habe keinen Beruf, die Absicht der Herren Antragsteller zu kritisiren! aber die thatsächliche Wirkung der Annahme des Antrages wird die sein, daß die Annehmer des Antrages bis zu einem gewissen Grade Partei ergriffen haben für die polnische Insurrektion. Unzweifelhaft ist es, daß die Nachbarschaft Kaiser Alexanders für Preußen erwünschter sein muß als die Mieroslawskis, und in den Interessen Preußens, die betheiligt sind, liegt es, daß der polnische Aufstand so kurze Dauer habe als möglich. Die Sympathien können in dieser Frage sein, wo sie wollen; die preußischen Interessen können nach der politischen Nothwendigkeit, nach der geschichtlichen Entwickelung, die unser Staat genommen, nicht im Lager der Insurgenten sein. Ich habe auf eine nähere politische Entwickelung des Antrages gehofft, da in dem Berichte Eingangs gesagt ist, die Berathung des Antrages hänge nicht ab von dem etwaigen Inhalt, den die Convention habe. Bei weiterer Durchlesung des Berichts habe ich dann aber gefunden, daß das Hauptmaterial desselben eben die Convention gewesen ist. Gestützt auf einen künstlichen Indicienbeweis, dessen einzelne Theile sich auf lügenhafte und entstellte Zeitungsnachrichten stützten, hat der Berichterstatter eine Theorie aufgestellt von einem Gürtel und 500 Quadratmeilen, der der russischen Occupation wehrlos preisgegeben sei. Weitere Gründe hat der sonst in Zusammenstellung der Thatsachen so sorgsame Berichterstatter seiner Arbeit nicht einverleibt. Diese ganze Gürtelidee, mit der die ganze Sache steht oder fällt, ist nun aber ein Phantasiegebilde, eine müßige Erfindung. (Unruhe.)

Die in der Convention getroffenen Verabredungen sichern Preußen vor dieser Gefahr. Dem russischen Militär ist das Ueberschreiten der preußischen Grenze nicht ohne diesseitige Genehmigung gestattet. Ein solches Ueberschreiten hat bisher noch nicht stattgefunden, und wird, nachdem die Aussichten der Insurrection schlechter geworden, auch in Zukunft nicht stattfinden. Die Convention schützt Leben und Eigenthum der preuß. Unterthanen. Die Insurgenten haben bereits ihre nahe an der preußischen Grenze belegenen Lager tiefer in das Innere verlegt. Den Dank dafür ist man zunächst allerdings den Uebertreibungen schuldig, mit denen das Gerücht den Inhalt der Convention ausgeschmückt. Aber von eben diesen Uebertreibungen rührt der üble Eindruck her, den der Abschluß der Convention im Auslande hervorgerufen. Kaum eine Unwahrheit, eine Entstellung, eine Verdrehung hat man in der Presse unterlassen, alles natürlich in der patriotischen Absicht, um das Ausland auf das Verfahren der preußischen Regierung aufmerksam zu machen und zu einem Einschreiten zu veranlassen (Unruhe). Eben diese Entstellungen nun bilden noch das Material der gegenwärtigen Verhandlung. Einen sachlichen Erfolg wird dieselbe nicht haben, nicht einmal den, daß das Ministerium in Verlegenheit gesetzt werde, die Unbequemlichkeit etwa abgerechnet, daß es derselben seine Zeit zuwenden muß. Man hat gesagt, das Haus habe das Recht, Auskunft über die Lage der auswärtigen Verhältnisse zu fordern; verweigere die Regierung diese Auskunft, so dürften alle ausgesprochenen Vermuthungen, wie weit dieselben auch immer gehen möchten, für wahr gehalten werden. Eine solche Ansicht braucht nur von einem unbefangenen Standpunkte aus wiederholt zu werden, um festzustellen, daß sie keine Berechtigung hat, zu existiren. Keine Regierung ist in der Lage, über alle schwebenden Verhandlungen Auskunft zu geben. Hat die Debatte zum Ziel gehabt, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, sie in ihren Ansichten, in ihrer Stellung zu erschüttern, so hat sie auch diesen Zweck verfehlt. Die Ueberzeugung der Regierung über das, was sie in dieser Sache zu thun habe, wird dadurch nicht abgeschwächt, durch Annahme des Commissions-Antrages werden Sie keinen andern Erfolg erzielen, als daß die Regierung dann vor dem ganzen Lande Akt davon nimmt, daß Sie Partei ergreifen für die polnische Revolution. (Gelächter, Unruhe.)

Abg. v. Sänger: Ich kann in der Fassung der von der Commission vorgeschlagenen Resolution nicht, wie der Ministerpräsident, einen directen Ausspruch der Sympathie für den Aufstand in Polen finden. Aber wegen der Deutung, die der Commissions-Antrag zuläßt, kann ich ihm auch nicht beistimmen. Auch ich halte es indeß für gerechtfertigt, daß das Haus der Abgeordneten eine Erklärung darüber abgebe, welche Politik es für die richtige hält, umsomehr, da es jetzt nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten feststeht, daß ein Engagement stattgefunden hat, wonach den russi-

schen Truppen gestattet wird, in bestimmten Fällen die preußische Grenze zu übertreten. Der Ministerpräsident hat erklärt, es sei dies bis jetzt nicht geschehen, es werde „auch muthmaßlich nicht geschehen.“ Dies „muthmaßlich“ genügt mir, um gegen ein derartiges Abkommen Verwahrung einzulegen. Es verletzt die wahren Interessen Preußens nach drei Seiten. Es bedroht das Leben und Eigenthum der östlichen Grenzbewohner Preußens. Es ist gefährlich, weil es uns ohne Noth (ich betone das „ohne Noth“) in folgenschwere Verwickelungen mit anderen Mächten bringen kann. Es ist zu bekämpfen, weil es die Würde Preußens als Großstaat verletzt. Was den ersten Punkt betrifft, so weise ich besonders darauf hin, daß gerade in Betreff Posens ein solches Engagement von besonders schwerwiegender Bedeutung sein kann. Ich kann es aus eigenster Wahrnehmung bestätigen, daß die Ruhe Posens so ungefährdet gewesen ist, wie in den friedlichsten Zeiten (hört!), daß erst durch die Nachrichten von der Convention, die Beunruhigung hervorgerufen worden ist, und zwar gerade bei dem loyalsten Theil der Bevölkerung, bei den deutschen Bewohnern der Provinz Posen (hört!). Es liegt auf der Hand, daß, was die polnischen Bewohner der Provinz betrifft, zu diesen jeder polnische Aufstand jenseits der Grenzen seine Beziehungen haben muß. Sie wissen ja, daß unsere verehrten Collegen polnischer Nationalität wiederholt erklärt haben, daß sie sich nicht ansehen als Vertreter des preußischen Volkes, sondern daß sie für sich die Mission in Anspruch nehmen, einzutreten für die Rechte der polnischen Nation, deren letzter Gedanke die Wiederherstellung des alten polnischen Reiches bleibt. Das Eintreten für dieses ist für sie nur eine Frage der Zeit und Opportunität. Aber der jetzige Aufstand ist gerade gar nicht getragen von so allgemeinen Sympathien.

Er ist nur durch eine Partei, durch die demokratisch-sociale hervorgerufen und er wird von der eigentlich nationalen Partei nicht unterstützt. Das ist der Grund, weshalb sich in Posen, wo die nationale Partei das Uebergewicht hat, bei dem diesmaligen Aufstand die Ruhe erhalten hat. Freilich hat der Aufstand auch bei der polnischen Partei in Posen einen gewissen Anklang. Kann es aber etwas Unzweckmäßigeres geben, als daß der jenseits lodernde Brand in Berührung mit dem vorhandenen Zündstoff bei uns gebracht wird? — Ich habe zweitens gesagt, daß das Engagement mit Rußland geeignet ist, uns in folgenschwere Verwicklungen mit andern Mächten zu bringen. Ich erkenne an, daß die Rücksicht auf andere Mächte die Regierung nicht bestimmen darf, die Wahrung preußischer Interessen zu unterlassen. Ich gebe ferner zu, daß ein Aufstand in Polen solche Dimensionen ergreifen kann, daß preußische Interessen dadurch gefährdet werden können. Wenn dann gegen die Wahrung dieser Interessen von auswärtigen Mächten Einspruch erhoben wird, dann muß die Regierung abwägen, nach welcher Seite sich die größere Gefahr neigt. Wenn dann die größte Gefahr in den Verhältnissen im Osten liegt, dann wird die Regierung kein Vorwurf treffen, wenn sie den auswärtigen Einspruch nicht beachtet. So liegt aber die Sache keineswegs. Der Aufstand hat nicht die allgemeinen Sympathien, er unterscheidet sich auch sonst von den früheren Aufständen. Die früheren hatten organisirte Armeen, der jetzige kämpft mit zerstreuten Insurgentenhaufen. Es fehlt an jeder einheitlichen Leitung. Die letzten Nachrichten melden, daß der Aufstand im Erlöschen sei. — Ich behaupte drittens, das Engagement widerspricht der Würde eines Großstaates. Die unangetastete Respectirung der Landesgrenze ist das erste Fundament der Achtung, in der ein Großstaat stehen muß. Dieses Fundament so leichtsinnig aufzugeben, wie es nach der Convention geschehen ist, heißt die Achtung Preußens aufgeben. (Bravo.)

Noch einige Worte über die Bedeutung der verschiedenen gestellten Anträge. Ich erkläre mich für das Amendement Bonin und entschieden gegen den Antrag der Commission. Schon in der Commission ist der Vorwurf geltend gemacht worden, daß in den Worten: „weder der russ. Regierung noch den Aufständischen irgend eine Unterstützung oder Begünstigung zuwende“, eine völkerrechtliche Gleichstellung der Russen und Polen ausgesprochen sei. Man hat dies bestritten: „In der Art der Gegenüberstellung liege schon die Entgegenstellung, und diese schließe die Möglichkeit der Gleichberechtigung der kämpfenden Parteien aus.“ Ich bestreite dies; durch die Erwähnung der Kämpfenden wird nur die Thatsache erwähnt. Die Worte: „Unterstützung oder Begünstigung“ sagen genau dasselbe, was der Ausdruck: „Neutralität“ aussprechen würde. Diese kann aber nur geübt werden, wenn die beiden Kämpfenden völkerrechtlich gleich gestellt sind, wenn auch nur de facto, wie etwa jetzt in Nordamerika. Wenn die von der Comm. vorgeschlagene Resolution Neutralität fordert, dann fordert sie etwas Unmögliches. Sie können von einer preuß. Regierung einem poln. Aufstande gegenüber keine völlig neutrale Haltung verlangen, sie können auch nicht von ihr fordern, Handlungen zu unterlassen, zu denen sie bis jetzt verpflichtet war. Wenn Sie das verlangen, fordern Sie nicht völlige Unparteilichkeit. Es empfiehlt sich demnach, einfach auf das hinzuweisen, was sich aus der Sache von selbst ergiebt: 1) ernst und bestimmt Verwahrung einzulegen dagegen, daß unsere Regierung es der russischen gestatte, unsere Grenzen zu überschreiten, 2) daß bei der jetzigen Lage der Dinge jede weitere Einmischung unsererseits nur gegen die Interessen Preußens spricht. Dies spricht das Amendement Bonin aus.

Sie gehen weiter. Sie fordern, was sich nicht erfüllen läßt und drängen unter dem Vorwande der Unparteilichkeit zur Parteilichkeit. Endlich noch einen Blick auf die Entstehungsgeschichte des Antrags. Er ist die Folge der bekannten Interpellation und schließt sich an die bei Gelegenheit derselben geführten Debatten an. In dieser war der hervorragenste Punkt die Rede Waldecks. Dieser ist noch in keiner Weise von der Seite, von der der Antrag ausgeht, widersprochen worden; obgleich jene Rede den Eindruck gemacht hat, als ob sie getragen wäre von Haß gegen Rußland und von Sympathien gegen die Aufständischen. Sind Sie sicher, daß nach dem Vorangegangenen dieser Sinn nicht auch in die Worte Ihres Antrags gelegt werden wird? Das können Sie mit Sicherheit nicht bestreiten. Wenn Sie das nicht wollen, stimmen Sie für das Amendement Bonin.

Ministerpräsident: Der Herr Vorredner scheint über das, was im Interesse Preußens gegenwärtig geboten ist, im Wesentlichen einverstanden. Um so mehr bedauere ich, daß er mich dahin mißverstanden hat, daß die Staatsregierung ein Engagement eingegangen sei, die preuß. Grenzen ganz im Allgemeinen russischen Truppen zu öffnen. Dies ist nicht der Fall, da zu jeder Ueberschreitung der preuß. wie der russ. Grenzen die jedesmalige Zustimmung ausdrücklich vorbehalten ist.

Abg. Twesten: Der Herr Ministerpräsident hat es als eine Pflicht der Volksvertretung hingestellt, aus Patriotismus die Staatsregierung in ihrer auswärtigen Politik zu unterstützen, er hat dann in seiner drastischen Weise ausgeführt, der Commissions-Antrag mache, wenn er angenommen würde, dieses Haus zu einem Mitschuldigen bei dem polnischen Aufstande, mache es schuldig des Einverständnisses mit dem Auslande gegen den eigenen Staat, lade das Ausland gerade zu ein, unsere Grenzen anzugreifen. Gegen solche Insinuationen ist in der That nicht viel zu sagen, sie enthalten nichts als den bekannten Kunstgriff, sich aus Verlegenheiten, in die man sich selbst begeben, herauszuziehen, oder doch die Folgen eines begangenen Fehlgriffs auf Andere zu wälzen. (Bravo!) Es ist allerdings traurig, anerkennen zu müssen, daß die Angriffe des Auslandes gegen unsere Regierung gerechtfertigt sind (Sehr wahr.), aber wir sind leider in der unglücklichen Lage, aussprechen zu müssen, daß die Ehre der augenblicklichen Regierung nicht mehr die Ehre des Landes ist. (Stürmisches Bravo auf beiden Seiten.) Wenn wir dies nicht thun, so übernehmen wir selbst die Verantwortlichkeit für die Politik unserer Regierung, da es als allgemeine Vermuthung gilt, daß ein Volk keine bessere Regierung verdiene, als es eben hat. Wenn die Regierung das Ausland gegen unser Vaterland herausfordert, so haben wir das Recht und die Pflicht, Einspruch hiergegen zu erheben, das Recht und die Pflicht zu constatiren, daß die Bahn des preußischen Volkes nicht diejenige der preußischen Regierung ist. Der Minister des Innern hat uns heute gesagt, die Convention mit Rußland sei noch nicht fertig. Ich würde mich freuen, wenn hiermit ein Rückzug angetreten werden soll, aber erfreulicher wäre es in der That, wenn dieser Rückzug weniger aus Rücksicht gegen das Ausland, als gegen das eigene Volk unternommen worden wäre. (Beifall.)

Herr v. Bismarck hat ferner erklärt, daß jede Resolution dieses Hauses vollständig fruchtlos sein würde, da die Regierung derselben doch nicht nachgeben würde. Ich meine aber, es wäre doch gewiß besser, wenn die Regierung einmal dem Votum der eigenen Landesvertretung, als dem des Auslandes nachgeben würde (lebhafter Beifall!), möge dieses Votum nun in Form einer höflichen Erinnerung oder einer bestimmten Aufforderung abgegeben werden. Wir dürfen in der gegenwärtigen Lage nicht schweigen und es nicht darauf ankommen lassen, ob wir nach irgend einem Verfassungsartikel eine entscheidende oder berathende Stimme haben, da man nicht sagen darf, die für Preußen wichtigste Angelegenheit werde in ganz Europa verhandelt, nur nicht im preußischen Abgeordneten-Hause. (Sehr wahr.) Sind wir über diese Frage nicht ausreichend unterrichtet, so ist dies ausschließlich Schuld der Regierung. Hr. v. Bismarck hat sich darauf berufen, die Verhandlungen seien noch schwebend und wir dürften uns deshalb in dieselben nicht einmischen. Aber Hr. v. Bismarck hat bei der Ablehnung einer Auskunft nicht erklärt, daß ein Staatsinteresse dies unmöglich mache, vielmehr die Antwort einfach und ohne Angabe eines Grundes abgelehnt. (Hört! Hört!) Wir konnten also nur annehmen, daß keine solche Gründe des Staatswohls vorliegen, und wenn sie vorgelegen hätten, wir gleichwohl überlegen müssen, ob unser Votum nicht dennoch abzugeben sei. — Der Herr Ministerpräsident hat heute in seinem Humor sich über die Nachrichten, auf Grund deren wir debattirten, lustig gemacht, die Convention eine Seeschlange, eine Erfindung der Presse genannt.

Allein Herr v. Bismarck müßte sich deshalb allein an seinen Botschafter in London halten, von welchem und von dem russischen Botschafter Lord Russell die dem engl. Oberhause über die Convention mitgetheilten Nachrichten erhalten habe, oder er müßte behaupten, daß Lord Russell selbst gelogen habe. (Hört!) Mit dieser Auskunft Lord Russells stimmen die Mittheilungen in der Presse vollständig überein, die wir nach jenen Vorgängen im englischen Parlament für wahr annehmen mußten. Herr v. Bismarck hat diese Nachrichten, hat insbesondere das Engagement für Rußland auch nicht als unrichtig bezeichnet, er hat vielmehr nur gesagt, daß die Oeffnung unserer Grenzen noch von jedesmaliger besonderer Einwilligung abhängen sollte, dagegen nicht erklärt, ob und unter welchen Bedingungen diese Einwilligung ertheilt werden sollte (Hört! Hört!). Herr v. Bismarck hat noch jetzt die Pflicht, uns Erklärungen abzugeben. In Beantwortung der Kantakschen Interpellation hat er bereits von der Pflicht der Staatsregierung gesprochen, der Bewegung in Polen entgegenzutreten. Russische Truppen sind ferner zugegebener Weise auf preußischem Boden entwaffnet, dann aber wieder bewaffnet und auf russischen Boden zurückgeführt worden; man hat daher das Recht das Verfahren der Staatsreg. als eine bereits vollzogene Intervention zu bezeichnen (Hört!).

Was Intervention sei, ist in den Congressen der Jahren 1820—1824 von den europäischen Regierungen selbst wiederholt festgestellt. Besonders in dem Schlußprotokoll von Troppau ist jeder Eingriff in Rath und That, ein friedlicher wie ein solcher durch Zwangsmaßregeln als Intervention bezeichnet werden, und in diesem Sinne ist eine Intervention in der That schon jetzt vorhanden. Wir sind nicht berechtigt, jetzt Sympathien für oder gegen den polnischen Aufstand auszusprechen, oder wir sind verpflichtet zu fragen, was unser Interesse gebietet. Es ist deßhalb vollständig gerechtfertigt, Vorkehrungen gegen Einwirkungen des polnischen Aufstandes auf unser Gebiet zu treffen, demnach militärische Kräfte an den beunruhigsten Grenzen zu entfalten. Ob diese Vorkehrungen nicht vielleicht in größerem Maßstabe getroffen, als die Verhältnisse es rechtfertigten, darüber will ich nicht richten. Aber wenn wirklich außerordentliche Verhältnisse außerordentliche Maßregeln nothwendig machten, so war es doch Pflicht der Staatsregierung, wegen der unausbleiblichen Kosten der Landesvertretung, zumal sie augenblicklich versammelt ist, Vorlagen zu machen. Denn Ausgaben dieser Art sind keine Etatsüberschreitungen, die nachträglich zu genehmigen wären, sondern es sind außerordentliche Ausgaben, die man selbst in Frankreich, wie jüngst in der mexikanischen Frage, nicht ohne Bewilligung der Landesvertretung zu machen wagt. Hier aber erlaubt man sich Seitens der Staatsregierung Alles. (Hört! Hört!)

Man spricht davon, wenn auf das nicht bewilligte Budget hingewiesen wird, daß man sich seiner Verantwortlichkeit wohl bewußt sei, und geht gleich wohl so weit, es als einen Fastnachtsscherz leichtfertig zu belachen, daß man Millionen auf das Privatconto der Minister setzen wolle. (Hört! hört!) Nächst unserem eigenen Interesse bedingt aber unser völkerrechtliches Verhältniß zu Rußland unsere Stellung zum polnischen Aufstande. Aus dem allgemeinen völkerrechtlichen Verkehr geht zunächst für uns nur die Verpflichtung hervor, den Aufständigen in Rußland keine Unterstützung zu gewähren. Ein spezieller Vertrag und besonders die Kartellconvention von 1857 enthält aber über die vorliegenden Fälle nichts. Der Kartellvertrag spricht nur von Deserteuren, von denen hier nicht die Rede ist. Sie spricht davon, daß übertretende Truppen sofort entwaffnet und dann internirt werden sollen. Es ist also eine ungerechtfertigte Intervention, wenn die preuß. Regierung diesen Truppen gestattet, unmittelbar in den Kriegsschauplatz wieder einzugreifen, und preuß. Gebiet so zu einem Operationsfelde macht. Zudem hat man einige Polen, vom Westen kommend, auf preuß. Grunde verhaftet, was nicht auf Grund des Kartellvertrages geschehen konnte, da es an allen dort für die Verhaftung und Auslieferung vorausgesetzten Bedingungen fehlt.

Graf Eulenburg hat uns zwar heute gesagt, daß diese Polen nicht ausgeliefert, sondern nach der russ. Grenze zu ausgewiesen seien. (Hört!) Aber wo liegt hier der Unterschied zwischen Beiden? Ich glaube, daß diese Erklärung nur heißt, zu dem Unglücke, das im engl. Parlament seinen Ausdruck gefunden hat, noch den Hohn hinzuzufügen. (Bravo!) Diese Verhaftung ist aber auch geeignet, zu schweren Verwickelungen mit auswärtigen Mächten zu führen, da, wie verlautet, die Verhafteten mit französischen Päßen versehen waren. Mit überstürzender Hast hat sich die Regierung in ein Unternehmen von großer Tragweite gestürzt und hat den seit den Congressen von Laibach und Troppau in Europa geltenden, richtigen Grundsatz, eine Intervention in inneren Angelegenheiten von der Entscheidung der großen Mächte abhängig zu machen, verlassen. Man leitet die Pflicht zu interveniren aus den preußischen Interessen, dem Interesse für die Deutschen in Polen her; aber gerade die Deutschen in Posen widersprechen dem, daß durch die Intervention ihr Interesse gefördert würde; der deutsche landwithschaftliche Verein in Posen hat es unumwunden ausgesprochen, daß eine Erhebung der Polen in der Provinz Posen nicht zu fürchten, daß aber die Unterstützung der Russen den Frieden störe, Eigenthum und Leben der Deutschen bedrohe, ihnen die Gefahr der Verwüstung ihrer Ländereien zeige, nicht aber Schutz gewähre. Was die Rücksicht auf die Folgen des Aufstandes in Rußland angeht, so glaube ich, daß die Eventualität eines selbstständigen Polens sehr fern ist.

Sollte dies aber je erstehen, so würde ich es minder gefährlich für Deutschland halten, als ein mächtiges Rußland. Unsere Gefahr beruht nur in der Vereinigung von Polen und Russen im gemeinsamen Haß gegen Deutschland. Jede solche Vereinigung auf Grund panslavistischer Ideen würde eine Intervention viel eher rechtfertigen, als jetzt die Erhebung der Polen gegen Rußland. Das Eintreten Preußens für die Maßregeln der russischen Regierung gegen die Polen ist aber auch sehr gefährlich. Denn das Nationalitätsprinzip, wenn es auch nicht das allein entscheidende ist, wenn es im Gegentheil immer Staaten mit einer gemischten Nationalität geben wird; es ist doch heute bis zu einem gewissen Grade nicht von der öffentlichen Meinung allein, sondern auch von den Staaten selbst anerkannt, und diese hohe Bedeutung darf gegenüber den heutigen Ereignissen auch in Polen dem Nationalitätsprinzip nicht versagt werden.

Da ich kein Gespensterseher bin, so glaube ich nicht an die Absendung einer französischen Flotte, oder eines Observationscorps. Aber angesichts der möglichen Verwickelungen im Orient halte ich es für ein Unglück, wenn Preußen den Westmächten entfremdet und zu einem Bunde mit Rußland gedrängt würde. Hat die Regierung den Sturm nicht vorausgesehen, der jetzt in England und Frankreich heraufbeschworen war?

Es ist dieselbe Partei, die uns in unfehlbare Verwirrungen im Innern, und in Verwicklungen mit dem Auslande gestürzt habe. Der Minister ist mit der franz. Politik und mit den franz. Verhältnissen bekannt, man hatte von ihm eine den Verhältnissen entsprechende Realpolitik vor. Es ist bei dem Amtsantritte des Ministers die Frage aufgeworfen worden, ob derselbe ein Kreuzzeitungsmann sei. Für die innere Verwaltung ist diese Frage, da er nach den Grundsätzen und mit den Organen der Kreuzzeitungspartei regiert, gleichgiltig. Was dagegen die auswärtige Politik anbetrifft, so hat ein Unterschied zwischen Herrn v. Bismarck und der eigentlichen Kreuzzeitungspartei bestanden, die tiefgehende Spannung gegen Oesterreich. Seit seinem Amtsantritte hat er indessen in seiner auswärtigen Politik einen Gegensatz zur Kreuzzeitungspartei nicht an den Tag gelegt. Wer sich auf eine Partei stützt, muß ihr dienen. Er schiebt nicht, sondern wird geschoben. Allerdings wird das Gerücht unrichtig sein, daß der Ministerpräsident keine Kenntniß von der abgeschlossenen Convention gehabt, aber das Vorhandensein dieses Gerüchts deutet darauf hin, daß, wenn auch der Minister Kenntniß von der Convention gehabt, doch die Anregung zu derselben, der Gedanke nicht von ihm ausgegangen ist.

Unser Botschafter hat in Paris die Convention als eine rein militärische bezeichnet und auch sonst hat man von ihr als von einer Militär-Convention gesprochen, wahrscheinlich um den Begriff der obersten Kriegsherrlichkeit darauf anwendbar zu machen (Heiterkeit und Bravo). Sind wir erst so weit, daß die Verhandlungen über die wichtigsten Angelegenheiten nur von Offizieren geführt werden, daß man in der alleinigen Hervorhebung des militärischen Interesses rücksichtslos gegen alle sonstigen rechtlichen und politischen Erwägungen ist, dann nähern wir uns nicht mehr der Militärdiktatur, wir sind vielmehr mitten in einer Militärdiktatur; dann haben wir eine Adjutanten-Regierung, bei welcher die verantwortlichen Minister nur die laufenden Geschäfte besorgen. (Sehr gut.) Nur die retrograde Partei ist es, welche sich an Rußland anlehnen will, nur aus Rücksichten der inneren Politik, und uns in unseren auswärtigen Beziehungen an Rußland zu fesseln bestrebt ist. Was können wir wohl von Rußland erwarten? Wäre es selbst minder unzuverläßig, als es ist, so wäre es doch außerhalb seiner Grenzen zu schwach, um uns Hülfe zu leisten. Es wird dies aber auch nie wollen. Sein Interesse ist es, uns niederzuhalten, Deutschland zerrissen zu halten; das liegt in der Natur der Dinge.

In Warschau trägt man eine gewisse Empfindlichkeit zur Schau über die Zudringlichkeit, mit der Preußen seine Hilfe angeboten hat, die man dem als verächtlich behandelten Aufstande gegenüber zurückweisen gekonnt zu haben zur Schau trägt. In Petersburg denkt man darüber anders; man wird zwar daselbst nicht dankbar sein, aber man wird die Dienste, welche Preußen geleistet, richtig würdigen. Preußen hat vor allen Dingen einen kräftigen Ableiter gebildet für die europäische Entrüstung. (Sensation.) Man vergißt in Europa die Gewaltthätigkeiten, die den Aufstand hervorgerufen, die Gewaltthätigkeiten, durch die er bekämpft wird, und denkt nur daran, daß Preußen sich zum Helfershelfer Rußlands hergegeben.

Darum muß das Haus den Grundsatz aussprechen, nachdem es die Frage von der Convention behandelt zu sehen wünscht. Man hat die Gleichstellung der russischen Regierung mit den Insurgenten getadelt. Ich habe, weil ich eine Unterstützung der Insurgenten durch irgend eine preußische Regierung für unmöglich halte, innerhalb der Commission ein Amendement gestellt, um die Erwähnung derselben zu beseitigen; dies Amendement hat man aber abgelehnt, weil man ihm entgegensetzte, nach Annahme desselben würde es den Anschein gewinnen, als sei das Haus einer Unterstützung nicht abgeneigt. Ich lege geringen Werth auf die Fassung des einen oder anderen Passus. Es kömmt nur darauf an, daß das Haus Verwahrung einlegt gegen Reminiscenzen an die heilige Allianz, gegen eine auswärtige Politik, die uns Verderben bringt. (Bravo!)

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat die Zeitungsberichte als authentisch betrachtet und nöthigt mich zu der Erklärung, daß, wenn die Aeußerung Lord Russel's richtig ist, sie nicht die Thatsachen wiedergibt. Ich muß den mir als ehrenwerth bekannten englischen Staatsmann gegen den event. harten Vorwurf, den der Vorredner ausgesprochen, in Schutz nehmen (Gelächter links). Russel sagt, daß er den Wortlaut der Stipulation nicht kenne; ich weiß es nicht, ob der kgl. Botschafter in London damals mit diesem Wortlaut hat bekannt sein können. Auf diesen Wortlaut kommt es aber an. Ich kann daraus nur von Neuem die Lehre entnehmen, daß es nicht vorsichtig ist, über Dinge zu sprechen, die man nicht kennt, und ich glaube, Sie alle werden zu derselben Ueberzeugung kommen, wenn der Inhalt öffentlich bekannt geworden sein wird. Er ist nicht der Art, daß wir irgend Etwas zurückzunehmen haben, daß der vom Vorredner uns angesonnene Rückzug erforderlich sein wird. Für die eifrigen Bemühungen des Vorredners, juristisch nachzuweisen, daß schwere Verletzungen gegen auswärtige Redner vorliegen, muß ich der Regierung überlassen ihm dafür zu danken, welche nach Vorwänden der Art sucht.

Ein Vertagungsvertrag wird mit schwacher Majorität abgelehnt. Als nächster Redner ist der Abgeordnete v. Vincke (Stargardt) notirt. Der Präsident ertheilt zunächst das Wort dem Handelsminister Graf Itzenplitz, der einen Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Bergwerksabgaben, einbringt. Derselbe geht auf Vorschlag des Präsidenten an die 14. Commission.

Abg. v. Vincke (Stargardt) bittet mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit, die es ihm nach fünfstündigem angestrengtem Hören sehr erschwere, noch 1—1½ Stunde zu sprechen, die Gegner der Vertagung eine solche eintreten zu lassen. Dies geschieht nunmehr auf Antrag des Abg. Behrend.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Virchow gegen den Abg. v. Gottberg schließt die Sitzung um 3 Uhr. (Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Fortsetzung der heutigen Debatte).

Die beiden Fraktionen des linken Centrums und der deutschen Fortschrittspartei haben heute eine gemeinsame Besprechung, um zu einer Einigung über die Form der Resolution zu gelangen.

Berlin, 26. Febr. [Ein neuer Nachtheil der preuß. Politik.] In London scheint man von der möglichen Kriegsgefahr schon zum Nachtheil der preußischen Schifffahrt einen Profit zu machen. Der „Ostsee-Ztg.“ wird von dort unter dem 21. geschrieben: „Auf Lloyds wurden heute für preußische Schiffe folgende Prämien gegen Kriegsgefahr verlangt: 1 pCt. für die Dauer von 6 Monaten, ¼—½ pCt. für die einzelne Reise, je nach der Länge derselben, englische Kaperung durch Ehrenpolice (policy of honour) eingeschlossen. Die Haltung des preußischen Cabinets in der polnischen Angelegenheit läßt ernste Verwickelungen mit den Westmächten, besonders Frankreich, befürchten. In kaufmännischen Kreisen hier sprach man heute schon davon, daß eine französische Flotte binnen Kurzem nach der Ostsee gehen würde.“ (!)

[Zum Handelsvertrage.] Die Nachricht, daß Oldenburg in der Handelsvertrags- und Zollvereinsangelegenheit zwischen Hannover und Preußen vermittele, wird von dem hannoverschen Correspondenten der „Hamb. B.-H.“ in so weit bestätigt, daß Oldenburg mit Vorwissen und Beistimmung der hannoverschen Regierung an Preußen die Frage gerichtet habe, ob, wenn Oldenburg dem Handelsvertrage zustimme und ein neuer Handelsvertrag zu Stande komme, das Präcipuum ferner garantirt werde. Bis jetzt sei darauf noch keine Nachricht über eine Antwort Preußens eingetroffen; erfolgt sie im zustimmenden Sinne, so wolle auch die hannoversche Regierung sich bereit erklären, unter Beibehaltung des Präcipuums dem Handelsvertrage beizutreten und mit Preußen den Zollverein fortzusetzen.

Stettin, 22. Febr. [Ausfuhrverbot.] Der Finanzminister hat seine Verfügung vom 12. d. M., welche das Verbot der Waffen- und Munition-Ausfuhr nach Polen enthält, nachträglich noch dahin interpretirt, daß unter Waffen auch Sensen zu verstehen seien, und daß auf diese sich das Verbot mit erstrecke. Es sind sämmtliche Zollämter und Zollstellen angewiesen, hierauf zu achten.

Königsberg, 24. Febr. [Confiscation.] Gestern Morgens 6 Uhr wurde die hiesige von Dr. Minden herausgegebene „Montags-Zeitung“ polizeilich, ohne Angabe des Grundes, mit Beschlag belegt. Gleichzeitig erfolgte die Versiegelung der Formen in der Offizin.

Posen, 25. Febr. Der mehrerwähnte russische Oberst von Weymarn bedient den Stab des Generals von Werder mit seinen Kenntnissen, welche er von den Terrains, auf denen die gegenwärtigen Ereignisse in Polen spielen, und von den einzelnen Persönlichkeiten besitzt. Mit dem Polizeidirektorium steht er in lebhaftem Verkehr, welcher auf gegenseitigen vertraulichen Mittheilungen beruht. Seine Thätigkeit ähnelt sonst auch noch der eines Consularagenten. Die mehrfachen Haussuchungen nach Waffen und Korrespondenzen und Verhaftungen in der Provinz Posen haben kein Resultat gehabt. Gegenwärtig glaubt die Polizei durch Ermittelung derjenigen hiesigen polnischen Damen, welche sich mit Charpielieferung für die Insurgenten befassen, neue Anknüpfungspunkte zu finden. Interessant ist aber, daß auch in deutschen aristokratischen Häusern Charpie gesammelt wird, natürlich mit dem Unterschiede, daß dies für die Russen bestimmt ist. Aehnliche Charpiebereitungsanstalten haben bereits zur Zeit des Krimkrieges hier existirt, und ist damals das Fabrikat der russischen Gesandtschaft in Berlin zur Weiterbeförderung übermittelt worden. (N. Z.)

Oesterreich.

Prag, 23. Febr. [Die Sympathien der czechischen Bevölkerung für den Freiheitskampf in Polen] sind sehr lebhaft. Es sind von hier bereits über sechszig Czechen nach Polen abgereist, um sich den Aufständischen anzuschließen. Sie versammelten sich in Krakau und haben von dort aus die polnische Grenze überschritten. Die Polen, welche sich hier aufhielten, sind, bis auf einen, vor acht Tagen nach dem Schauplatze des Kampfes abgereist.

Italien.

Turin, 21. Febr. [Der Handelsvertrag. — Die Sympathien der Regierung für Polen.] Die Unterhandlungen zwischen Minghetti und Rothschild scheinen ein günstiges Ergebniß gehabt zu haben, und mehr als die Hälfte der Anleihe ist nicht blos abgesetzt, sondern wie man aus Paris meldet, in Folge der enormen daselbst bewerkstelligten Verkäufe bereits im Publikum untergebracht. Man glaubt nicht daran, daß die Opposition den Handelsvertrag zwischen Frankreich und Italien zum Anlaß nehmen werde, um der Regierung eine Schlacht zu liefern; diese hätte zu leichtes Spiel in der Angelegenheit. In der That hatte sich das vorige Cabinet blos geweigert, den Handelsvertrag zu unterzeichnen, weil Frankreich auf der seiner Zeit erwähnten Clausel zu Gunsten der in französischen Händen befindlichen Bergwerke auf der Insel Elba bestand. Nun ist diese aber aufgegeben, und fällt somit jede Aussicht, die Regierung mit Erfolg zu bekämpfen, weg. — Die Regierung wird im Laufe der nächsten Tage

eine Gelegenheit suchen, um ihre Sympathien zu Gunsten Polens im Parlament auszusprechen.

Frankreich.

Paris, 24. Februar. [Baisse. — Verständigung mit Oesterreich. — Graf v. d. Goltz. — Prinz Napoleon. — Das Lager von Chalons.] Man bemüht sich zwar, die heutige außerordentliche Baisse durch die Ankunft der mexikanischen Wechsel und die dadurch hervorgerufenen Gerüchte von der Nothwendigkeit einer Anleihe zu erklären; die Hauptursache aber lag offenbar in beunruhigenden Gerüchten über die Haltung Preußens. Die Regierungsblätter suchen die Gemüther zu beruhigen, so gut es geht. Girardin schreibt in der „Presse" in optima forma an den Kaiser Alexander einen Brief und hofft, daß seine wohlgemeinten Rathschläge um so mehr geneigtes Gehör finden werden, als seine bekannten Ansichten über das Nationalitäts-Prinzip ihn zu einem ganz objectiven Beurtheiler machten. — Die Verständigung mit Oesterreich scheint schon ziemlich weit gediehen zu sein; der Kaiser hat persönlich mit dem Fürsten Metternich über die polnische Angelegenheit gesprochen, und es ist jetzt die Rede von einer außerordentlichen Sendung des Barons Heeckeren nach Wien. — Was Preußen anbelangt, so hat Graf v. d. Goltz gestern Herrn Drouyn de Lhuys wenigstens die offizielle Erklärung gegeben, die preußisch-russische Convention enthalte keine geheimen Artikel. — Man versichert, Prinz Napoleon werde bei Gelegenheit der Petition St. Marc Girardin's im Senate für die Sache der Polen das Wort ergreifen. — Das Lager von Chalons wird in diesem Jahre, statt am 15. Juni, bereits am 15. April eröffnet!

Großbritannien.

E. C. **London,** 24. Februar. [Kronprinzessin von Preußen. — Prinz Alfred.] Die Kronprinzessin von Preußen, begleitet von der Gräfin Pourtales, der Gräfin Hohenthal und dem Grafen Fürstenstein, kam gestern morgen hierselbst an und wurde vom Prinzen Ludwig von Hessen an der Eisenbahnstation empfangen. Ihre k. Hoheiten fuhren dann zusammen zum Besuche der Königin nach Schloß Windsor, wo sie am Bahnhofe von der Prinzessin Alice, der Gemahlin des Prinzen Ludwig von Hessen, und vom Prinzen Leopold erwartet wurden. Auf Wunsch der Königin unterblieben alle Empfangsfeierlichkeiten. — Von Malta meldet ein gestern Abend eingetroffenes Telegramm, daß Prinz Alfred die Nacht vorher einen festen und erfrischenden Schlaf genossen und daß sein Befinden sich gebessert habe.

E. C. **London,** 24. Febr. [Unterhaussitzung vom 23. Februar.] Griffith fragt den ersten Lord des Schatzes, ob es wahr sei, daß drei von Paris durch Preußen nach Polen reisende junge polnische Studenten in Thorn von der preußischen Polizei verhaftet und den Russen ausgeliefert worden seien. Palmerston entgegnet, der Regierung sei durchaus keine Nachricht davon zugegangen. Hennessy fragt, ob auf dem auswärtigen Amte eine Depesche des britischen Gesandten in Berlin, eine angeblich zwischen Rußland und Preußen in Bezug auf den polnischen Aufstand abgeschlossene Convention betreffend, angekommen sei, und ob, wenn dies der Fall, die Regierung etwas dagegen habe, sie vorzulegen. Layard sagt, er fürchte, daß die Regierung die Depesche nicht vorlegen könne. Das Schriftstück enthalte nicht den Wortlaut der Convention, sondern spreche nur vom Hörensagen über dieselbe. Buxton lenkt die Aufmerksamkeit auf den Ankauf und die Deportation eines egyptischen Neger-Regiments durch den Kaiser der Franzosen. Vor einigen Jahren habe der Kaiser der Franzosen ein schönes Wort über den Sklavenhandel im Munde geführt. Er habe gesagt, Frankreich werde dem Sclavenhandel nicht länger Vorschub leisten, weil es seine Aufgabe sei, an der Spitze der Civilisation einherzuschreiten. Die Geschichte mit den egyptischen Neger-Soldaten liefere einen neuen Beweis davon, daß, wenn der Kaiser der Franzosen eine hübsche Ansprache halte, er jedesmal gleich darauf etwas thue, was mit seinen Worten in directem Widerspruch stehe. Jedenfalls sei der Ankauf der Neger-Soldaten ein äußerst niederträchtiger und grausamer Schacher. Palmerston: Mein ehrenwerther Freund hat auf ein Geschäft aufmerksam gemacht, welches jedenfalls sehr regelwidrig und unglücklich war und in einzelnen Punkten schärferen Tadel verdient, als ihm eben zu Theil geworden ist. Die französische Regierung trug ihren Beamten in Egypten auf, die Anwerbung von 1000 Afrikanern in Egypten zu versuchen. Der verstorbene Pascha war ein sehr willfähriger Mann, der gern mehr that, als man von ihm verlangte, und das egyptische Verwaltungs-System ist leider von mancher Barbarei, wie sie alten Zeiten eigen war, befleckt. Dazu gehört der Brauch der Zwangsarbeit und die Sitte, die Leute, sie mögen wollen oder nicht, aufzugreifen und zur Arbeit anzuhalten. Ohne Verzug befahl der Pascha einem Regimente von 450 Nubiern, die Festung, in der sie sich befanden, zu verlassen und sich nach Alexandria zu begeben, wo sie sofort an Bord einer französischen Fregatte eingeschifft wurden, ohne zu wissen, warum und wohin. Das war durchaus gesetzwidrig, weil die egyptischen Truppen dem Sultan gehören. Der Sultan ist der Beherrscher Egyptens, und die Bewohner des Landes sind seine Unterthanen. Der Vasall eines Herrschers ist nicht befugt, ohne Ermächtigung desselben über irgend einen Theil seiner Streitkräfte zu verfügen. Aber damit nicht zufrieden, beging die egyptische Regierung eine Handlung, welche an Gewaltthätigkeit und Grausamkeit der neulich in Warschau verübten vollkommen ähnlich ist. Sie sandte ihre Leute auf die Straßen und Quais der Städte hinaus und ließ Jeden ergreifen, der zum Kriegsdienste oder zu harter Arbeit tauglich schien, riß ihn, ohne Rücksicht auf seine frühere Beschäftigung, von seiner Heimath und Familie fort und schiffte ihn an Bord einer nach Mexico bestimmten französischen Fregatte ein. Ich spreche natürlich von Nubiern, nicht von Weißen; allein die Schwarzen haben eben so gut ihren häuslichen Herd, wie die Weißen und dieselbe Anhänglichkeit an ihren Geburtsort. Ich kann nicht umhin, zu glauben, daß die französische Regierung, welche ein so strenges Verdammungs-Urtheil über das in Warschau und anderen polnischen Städten befolgte System gefällt hat, fühlen wird, wie hier eine eben so grausame, wenn nicht noch grausamere Handlung zu einem ganz anderen Zweck, als den von ihr beabsichtigten, verübt worden ist, und daß sie, so weit es in ihrer Macht steht, das begangene Unrecht wieder gut machen wird. Ihrer Majestät Regierung hat der französischen gegenüber ihre Ansicht ausgesprochen, daß der Handel vollkommen gesetzwidrig und eine Verletzung der Rechte des Sultans war, und daß der Pascha von Egypten nicht ohne Einwilligung des Sultans über dessen Unterthanen verfügen durfte.

Spanien.

Madrid, 20. Febr. [Die Krisis.] Eben geht der Ministerrath auseinander. Marschall O'Donnell hat von der Königin unbedingte Vollmacht erhalten, eine Lösung für den Conflict zu finden, der durch den Rücktritt der Marinebeamten erhoben worden. Bis jetzt haben 12 ihre Entlassung eingereicht. Die Narvaisten haben keine Aussicht zur Regierung zu gelangen. Narvaez selbst sieht ein, daß er weit davon entfernt ist, dem Hof Sympathien einzuflößen, denn er sagt seinen Freunden, seine Ankunft in Madrid habe keine politischen Rücksichten zum Grunde. Das Ministerium hat das Auflösungs-Decret der Cortes der Königin nicht zur Unterschrift vorgelegt, weil es abwarten und Zeit gewinnen will, um zu sehen, ob ihm nicht eine Ausgleichung mit den Dissidenten unter den Marinebeamten und in der Kammer gelingen will; obgleich die Königin zur Unterzeichnung bereit ist, und vielleicht gerade deswegen will O'Donnell erst alle Aussöhnungsmittel versuchen. Die politischen Gouverneure der Provinzen sind gewechselt und nach Madrid beschieden worden, um ihre Instructionen zu erhalten.

Amerika.

** **New-York,** 10. Febr. [Vom Kriegsschauplatze.] Vor Fredericksburg steht keine eigentliche Streitmacht des Feindes. Der größte Theil der Conföderirten ist nach Blackwater oder nach Vicksburg abgegangen; die einzigen zurückgebliebenen Truppen zählen ungefähr 15,000 Mann, die allerdings in der gegenwärtigen Jahreszeit stark genug sind, um den Uebergang über den Rappahannock zu verhindern. Von Deserteuren und aus andern Quellen erfährt man, daß die Eisenbahnverbindungen der Rebellen in ganz brauchbarem Zustande sind. In 72 Stunden kann die ganze conföderirte Armee von jedem beliebigen Punkte des Südens nach Fredericksburg befördert werden, so daß die Rebellen es ohne Gefährde wagen können, einen großen Theil ihrer Armee von einem Punkte zurückzuziehen. — Während der letzten Woche beschloß der Präsident, dem General M'Clellan wieder den Oberbefehl über die ganze Armee zu übertragen. Jedoch rief die Mittheilung dieses Entschlusses im Cabinetsrathe einen großen Sturm hervor; Secretär Chase drohte sofort seine Entlassung zu verlangen, und seinem Beispiele folgten die übrigen radikalen Mitglieder des Cabinets. So änderte denn der Präsident seinen Plan und ließ vorläufig keinen Wechsel eintreten. Binnen zwei Wochen aber wird sich ohne Zweifel die Sachlage so gestalten, daß der Oberbefehl dennoch in General M'Clellans Hand gelegt werden wird. Die Ernennung Hookers ist nur eine zeitweilige; sie war gegen die Ansicht des Präsidenten und des Kriegs-Secretärs geschehen. Seine militärische Tüchtigkeit wird allerdings anerkannt; ob er aber einen so ungeheuren Truppenkörper mit Geschick zu handhaben und völlig zu übersehen die Fähigkeit besitzt, wird selbst von seinen Freunden in Zweifel gezogen.

Rio de Janeiro, 24. Jan. [Streit mit England.] Der König von Belgien wurde von Brasilien als Arbitre (Schiedsrichter) in der Frage mit England aufgerufen. Eine National-Subscription soll für Vertheidigungsmaterial sorgen und Volontaire lassen sich einregistriren. Haß gegen England und englische Producte wird durch die Presse verbreitet.

Breslau, 27. Februar. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Berliner-Straße Nr. 48 ein roth karrirtes Umschlagetuch, eine grün karrirte Camelot-Jacke und drei Pfund Bettfedern; Ursuliner-Straße Nr. 27 ein kupferner Wasserschöpfer mit hölzernem Handgriff; Basteigasse Nr. 6 ein schwarzer, weiß gestreifter Frauenrock von feinem wollenen Stoff, ein braunwollener Frauenrock, eine schwarze Düffeljacke, mit schwarzem Sammet eingefaßt, und eine schwarze wollene Zeugjacke, ebenfalls mit schwarzem Sammet besetzt; Siebenhubenerstraße in der „Stadt Freiburg" aus dem Restaurationslokale ein Satz Billardbälle; auf der Chaussee zwischen Breslau und Oels, von einem Omnibuswagen 60 Stück Getreide-Säcke, gez. Littmann, ein unüberzogener schwarzer Schafpelz und ein Damenmantel von schwarzem Düffel. Der Gesammtwerth beträgt ca. 32 Thlr.

Verloren wurden: eine wollene Reisedecke, auf der einen Seite schwarzblau und auf der anderen braun und blau gestreift; ein goldnes Armband; ein Gesindedienstbuch auf die unverehelichte Auguste Otto lautend.

Gefunden wurden: ein Paar Unterärmel; eine Handtasche von geblumtem Wachstuch, in welcher sich ein Gesindedienstbuch, auf die unverehelichte Theresia Gierschner lautend, und zwei Taschentücher befinden; ein Hunde-Maulkorb mit der Steuermarke Nr. 1894 pro 1862; ein Portemonnaie mit circa 12 Silbergr. Inhalt; ein Geldtäschchen, in welchem sich außer einigen Silbergroschen preußischem Gelde, ein hessisches, ein österreichisches und ein schweizerisches Geldstück befinden; ein Schlüssel und ein alter schwarzer Tuchrock.

Angekommen: Se. Durchlaucht Fürst Hatzfeld nebst Diener aus Schloß Trachenberg. General-Major a. D. Graf zu Stolberg-Wernigerode aus Ober-Faulbrück. (Pol.-Bl.)

Breslau, 25. Febr. [Personal-Chronik.] Versetzt: Der Kreis-Thierarzt Werner in Neisse in gleicher Eigenschaft nach Nimptsch. — Ertheilt: Dem bisherigen Dirigenten der Handelsschule in Leipzig, Dr. philos. Alexander Steinhaus, die Concession zur Errichtung einer höheren Handels-Lehranstalt in Breslau.

[Erledigte Schulstelle.] Die evangelische Lehrerstelle in Polnisch-Steine, Kreis Poln.-Wartenberg, ist vacant. Das Einkommen derselben wird auf 165 Thlr. angegeben. Vocirungsberechtigt ist das Dominium.

[Vermächtniß.] Der zu Habelschwerdt verstorbene Schulen-Inspector und Pfarrer Johann Ludwig hat der katholischen Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Kasse 50 Thlr. letztwillig ausgesetzt.

[Juristische Section der schlesischen Gesellschaft vom 18. Februar.] Vortrag des Herrn Appellations-Gerichts-Rath von Wittken über einen Kriminalfall: Das Verschwinden des Lord Bathurst, königl. großbritannischen außerordentlichen Gesandten am kaiserlichen Hofe in Wien, auf seiner Rückreise nach England, in Perleberg am 25. November 1809. — Das unglückliche Schicksal dieses jungen Diplomaten erregte damals großes Aufsehen. Besonders in England nahm dasselbe die öffentliche Aufmerksamkeit in einem hohen Grade in Anspruch, und es machte sich bald die Meinung geltend, daß die französische Regierung dabei mehr oder weniger betheiligt sei. Als daher der pariser „Moniteur" unter „Berlin, den 10. Dezember 1809" die Nachricht brachte, daß Sir Bathurst in einem Anfall von Wahnsinn sich selbst ums Leben gebracht habe, trat die „Times" in einem, anscheinend aus offizieller Quelle geflossenen Artikel vom 23. Januar 1810 dieser Annahme mit Entschiedenheit entgegen, und legte den Tod oder das Verschwinden desselben geradezu der französischen Regierung zur Last. In einer sehr scharf gehaltenen „Moniteur-"Note vom 29. Januar 1810 wies die Letztere jedoch die Anschuldigung zurück, und der Kaiser gab der Lady Bathurst persönlich die Versicherung, daß er von dieser Sache nichts wisse. Die darauf folgenden gewichtigen Zeit-Ereignisse ließen den Vorfall in Vergessenheit gerathen. Erst in neuerer Zeit ist derselbe von mehreren deutschen Schriftstellern, namentlich von Varnhagen von Ense, Dr. W. Häring (W. Alexis) und Hesekiel wieder zur Sprache gebracht worden. Alle halten aber noch immer die Ansicht fest, daß Lord Bathurst als ein Opfer der französischen Politik gefallen sei: welcher Meinung sich in der neuesten Zeit auch englische Schriftsteller — wie die Zeitschrift „The Spectator" vom vorigen Jahre ergiebt — angeschlossen haben. Diese Ansicht vom juristischen Standpunkt aus näher zu beleuchten, und, wenn dieselbe sich als nicht haltbar erweisen sollte, möglichst festzustellen, auf welche andere Art Lord Bathurst verschwunden und ums Leben gekommen ist, war der Gegenstand des gehaltenen Vortrages.

Nach Mittheilung der persönlichen und Familienverhältnisse des Lords schilderte der Vortragende die politische Thätigkeit desselben in Wien, welche mit dem Frieden von Schönbrunn (14.—18. October 1809) ihr Ende erreichte, worauf der Lord im November seine Rückreise nach England antrat, und zwar aus Besorgniß, den Franzosen in die Hände zu fallen, nicht auf dem Seewege über Malta, sondern auf dem Landwege über Berlin unter dem Namen eines Kaufmanns Koch. Ueber seine Ankunft in Perleberg, seinen dortigen Aufenthalt und sein unerklärliches Verschwinden zu einer Zeit, wo die Postpferde bereits angespannt vor seinem Reisewagen standen, liegen Berichte des Magistrats in Perleberg vor, welche mitgetheilt wurden; eben so die noch vorhandenen, größtentheils amtlichen Nachrichten über die Nachforschungen, die noch in derselben Nacht begannen, und mehrere Monate lang, unter Aufbietung aller nur erdenklichen Mittel, zuletzt geleitet von Lady Bathurst selbst, welche aus London herbeigeeilt war, fortgesetzt wurden, jedoch kein anderes Resultat hatten, als daß der vermißte Zobelpelz des Verschwundenen und seine Beinkleider, letztere in dem nahe bei Perleberg belegenen quitzower Tannenholz, aufgefunden wurden; die Person des Lords, lebend oder todt, blieb unermittelt. Als Einleitung zu dem Nachfolgenden gab der Vortragende hierauf eine Schilderung der ganzen Situation und der Lokalverhältnisse, um nachzuweisen, daß Lord Bathurst nicht vom Posthause aus, wie überall angenommen wird, sondern von dem nahe belegenen, damals Leger'schen Gasthofe „zum weißen Schwan", wo er sich den Tag über aufgehalten hatte, verschwunden sein müsse. Sodann ging der Vortrag auf die verschiedenen Vermuthungen über, welche über die Art seines Verschwindens und Todes verbreitet sind; dieselben wurden ausführlich erörtert und zu widerlegen gesucht, namentlich, daß der Lord zwar in Perleberg verschwunden, aber glücklich am Ziel seiner Reise angekommen sei, so wie die Vermuthung der Selbstentleibung und der Entführung durch französische Soldaten oder Polizei-Agenten. Endlich entwickelte der Vortragende, anknüpfend an ein in Perleberg im Jahre 1852 aufgefundenes Skelett, seine eigene Ansicht und sprach, indem er auf die Beschaffenheit und die Lage dieses Skeletts, den Ort, wo dasselbe gefunden worden, die Verhältnisse des Besitzers des Grundstücks, und auf manche andere, mit der Situation und der Lokalität zusammenhängende Umstände aufmerksam machte, seine Ueberzeugung dahin aus:

daß hier kein politisches, von außen herbeigeführtes Verbrechen vorliegt, sondern Lord Bathurst, dessen ganzes äußeres Auftreten ihn als einen reichen Mann erscheinen ließ, von Bewohnern der Stadt Perleberg selbst aus Raub- und Gewinnsucht auf das Grausamste ermordet, vielleicht lebendig begraben worden ist.

Dr. Belitz.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 26. Febr. 10 U. Ab.	336,44	+2,8	W. 1.	Trübe.
27. Febr. 6 U. Morg.	335,70	+0,2	W. 1.	Trübe.

Breslau, 27. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 14 F. 11 Z. U.-P. 1 F. 9 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 26. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 69, 70, fiel auf 69, 50 und schloß träge zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92⅝ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 60. 4½proz. Rente 98, 50. Italienische 5proz. Rente 69, 55. 3proz. Spanier 49½. 1prz. Spanier 45. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 513, 75. Credit-mobilier-Aktien 1170, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 581, 25. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 26. Februar, Nachm. 3 Uhr. Silber 61⅝. Wetter schön. Consols 92⅜. 1proz. Spanier 46. Mexikaner 32¾. Sardinier 83½. 5proz. Russen 96. 4½proz. Russen 93¾.

Der Dampfer „Hansa" ist mit 300,000 Dollars von Newyork, der Dampfer „Gladiator" mit 500,000 Dollars von den Bahama-Inseln eingetroffen.

Wien, 26. Februar, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Börse fest. 5proz. Metall. 75, 20. 4½proz. Metall. 65, 50. 1854er Loose 92, 75. Bank-Aktien 814. Nordbahn 189, 70. National-Anleihe 81, 60. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 221, 10. Creditaktien 234, 50. London 115, 95. Hamburg 87, 25. Paris 45, 90. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 167, —. Lombardische Eisenbahn 267, —. Neue Loose 135, 25. 1860er Loose 94, 25.

Frankfurt a. M., 26. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Effekten bei sehr belangreichem Umsatz, im Allgemeinen merklich höher. Die Ultimo-Regulirung geht leicht von statten. Böhm. Westbahn 72¼. Finnl. Anleihe 91⅝. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 143¼. Wiener Wechsel 100½. Darmst. Bankaktien 242. Darmst. Zettel-Bank 257. 5proz. Metall. 63¾. 4½proz. Met. 56¼. 1854er Loose 79¼. Oesterr. National-Anleihe 68⅜. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 232. Oesterr. Bank-Antheile 821. Oesterr. Credit-Aktien 222½. Neueste österr. Anleihe 81¼. Oesterreich. Elisabet-Bahn 129. Rhein-Nahe-Bahn 32¾. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129⅞.

Hamburg, 26. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse fest. — Finnl. Anleihe 90¼. Schluß-Course: National-Anleihe 69¼. Oesterr. Credit-Aktien 93⅝. Vereinsbank 103⅛. Norddeutsche Bank 106½. Rheinische 99. Nordbahn 64½. Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 26. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco etwas mehr beachtet, ab Dänemark 122—123pfd. disponibel zu 97½ verkauft. Roggen loco still, ab Danzig pr. Frühjahr zu 75 käuflich. Oel pr. Mai 32, pr. Okt. 30⅛. Kaffee unverändert.

Liverpool, 26. Februar. [Baumwolle.] 4000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

Berliner Börse vom 26. Februar 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anleihe	4½	101⅜ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4	89 bz.
dito 1854, 55A. 57	4½	101½ bz.
dito 1856	4½	101½ bz.
dito 1853	4	100 bz.
dito 1859	5	106¾ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	89½ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102½ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	92 bz.
dito dito	4	101¾ B.
Pommersche	3½	91½ bz.
dito neue	4	100¾ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	97 B.
Schlesische	3½	94½ bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	99⅞ bz.
Pommersche	4	100 B.
Posensche	4	97⅞ bz.
Preussische	4	99½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99⅝ bz.
Sächsische	4	100¼ B.
Schlesische	4	99⅞ B.
Louisdor	—	109¼ G.
Goldkronen	—	9. 6¼ bz.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall	5	65 B.
dito 54r Pr.-Anl.	4	80½ etw. bz.
dito neue 100 fl.-L.	—	78¾ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	70¾ à ½ bz.
dito Bankn. n. Whr.	-	87¼ bz
Russ.-engl. Anleihe	5	94⅝ G.
dito 5. Anleihe	5	89⅛ etw. bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	82 G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	89½ G
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91½ bz u G.
dito à 300 Fl.	5	93 B.
dito à 200 Fl.	—	23¾ G.
Poln. Banknoten	—	— — —
Kurhess. 40 Thlr.	—	56¾ G.
Baden 35 Fl.	—	32¼ bz.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Aach.-Düsseld.	3½	3½	89½ bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	36⅝ à ¼ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/15	4	97¼ bz.
Berg.-Märkische	6½	4	106¼ bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	144 bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	122¼ etw. bz.u.G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	188¾ à 189¼ bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	136 G.
Breslau-Freibrg.	6⅔	4	134 bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	177 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/15	5	136 bz u B.
Ludw.-Bexbach	8	4	145 bz
Magd.-Halberst.	22½	4	281½ G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	63½ bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	125¾ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	69 bz.
Münster-Hammer	4	4	— — —
Neisse-Brieger	3½	4	86 G.
Niederschles.	4	4	99 bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	70½ G.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	65¾ à ¼ bz.u.G.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 2/15	3½	162½ a ¼ bz.
Oberschles. B.	7 2/15	3½	142 bz.
dito C.	7 2/15	3½	162½ à ¼ bz.
dito Prior A.	—	4	99 B.
dito Prior B.	—	3½	87⅛ bz.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	96½ G.
dito Prior E.	—	3½	84⅝ B.
dito Prior F.	—	4½	100½ bz.u.B.
Oppeln-Tarnow.	⅝	4	61½ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	62 G.
Rheinische	5	4	100½ bz.
dito (St.) Pr.	5	4	105 G.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	99½ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	32½ bz.
Ruhrort-Crefeld	3 11/12	3½	95¾ B.
Starg.-Posener	4	3½	106¾ bz.
Thüringer	6⅔	4	125 B.
Wilhelms Bahn	—	4	63¾ bz.
dito Prior	—	4	92¼ B.
dito III. Em.	—	4½	97 G.
dito Prior St.	—	4½	94½ B.
dito dito	—	5	97¼ B.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Berl. K.-Verein	5 11/12	4	118 G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	102½ bz.u.G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	83½ B.
Bremer „	5¾	4	107½ B.
Coburg. Credit A.	3	4	88 B.
Darmst. Zettel-B.	8⅓	4	102½ G.
Darmst. Credb.A.	5	4	93⅝ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	7½ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	98½ à ⅞ bz.u.G.
Genf. Creditb. A.	2	4	53½ a ⅛ bz.u.G.
Geraer Bank	5⅔	4	96½ G.
Hamb.Nord.Bank	5	4	105¾ G.
„ Ver.-Bank	5 1/16	4	103 G.
Hannov. „	4½	4	100⅛ etw. bz.
Leipziger „	3	4	83½ B.
Luxembrg. „	10	4	101 G.
Magd. Priv. „	4 1/15	4	92½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	96⅝ bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	35¾ à 36¼ bz.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	95¾ a ¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/15	4	96¾ B.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/15	4½	125¾ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	99½ B.
Thüringer Bank	2⅝	4	66¼ G.
Weimar. Bank	4	4	90¼ B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10T.	144⅛ bz.
dito	2 M.	143⅝ bz.
Hamburg	8 T.	152 bz.
dito	2 M.	151⅝ bz.
London	3 M.	6. 21¼ bz.
Paris	2 M.	80 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	86⅝ bz.
dito	2 M.	85⅞ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 G.
Petersburg	3 W.	100¼ bz. 3M. 99½ bz.
Warschau	8 T.	89⅞ bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

Breslau, 27. Febr. Wind: West. Wetter: trübe. Thermometer Früh 0°. Der Geschäftsverkehr zeigte sich am heutigen Markte bei mittelmäßigen Angeboten träge.

Weizen wenig beachtet; pr. 85pfd. weißer 70—81 Sgr., gelber 66—74 Sgr. — Roggen schwach gefragt; pr. 84pfd. 50—53 Sgr., feinster bis 54 Sgr. — Gerste still; pr. 70pfd. weiße 42—43 Sgr., gelbe 38—41 Sgr. — Hafer angeboten; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Oelsaaten wenig Umsatz. — Schlaglein ruhig. — Rapskuchen vernachlässigt; 48—52 Sgr. pr. Ctr. — Lupinen 36—40 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	67—75—81	Wicken	35—38—40
Gelber Weizen	65—70—76		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	50—52—54	Schlag-Leinsaat	190—210—218
Gerste	38—41—44	Winter-Raps	260—275—285
Hafer	24—26—28	Winter-Rübsen	— — — —
Erbsen	43—48—52	Sommer-Rübsen	220—240—260

Kleesaat — in beiden Farben ruhig, rothe ordinäre 9⅔—11⅔ Thlr., mittle 12⅔—14⅙ Thlr., feine 14⅔—16⅚ Thlr., hochfeine 16½—17 Thlr., extrafeine über Notiz. — weiße ordinäre 8—9¾ Thlr., mittle 10¼—13½ Thlr., feine 14¾—17¼ Thlr., hochfeine 18¼—19¼ Thlr. Schwedischer Klee 18—26 Thlr. pr. Centner.

Thymothee 5½—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 15—18 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 15⅓ Thlr. Br., Februar 15⅙ Thlr. Br., Frühjahr 14⅔ Thlr. Br. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 13 11/12 Thlr. Br., Februar 13⅚ Thlr. Br., Frühjahr 14 Thlr. Br.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.